

Wir bitten Sie deshalb, auch im Sinne der sogenannten Opfersymmetrie – selbst wenn ein gewisses Unbehagen bleibt, das möchte ich Ihnen durchaus attestieren –, dieser Motion zuzustimmen, um dem Bundesrat die Möglichkeit zu geben, Wege zu suchen, die zur mittel- und längerfristigen Eindämmung der Ausgaben in diesem Bereich führen können.

**M. Darbellay**, rapporteur: La remarque préliminaire de M. Schmid Peter est juste. On pourrait, dans beaucoup de domaines, demander au Conseil fédéral de nous présenter un moyen de réduire les frais. Pourquoi la commission a-t-elle tout de même accepté cette motion? Parce qu'ici, les frais ont augmenté d'une année à l'autre, de 1990 à 1991, d'une manière considérable, de 1991 à 1992 encore plus, et il a été fait dans la commissions plusieurs propositions tendant à réduire ces dépenses. Or, ces propositions ont été refusées, sauf celle acceptée par le Conseil fédéral, dont nous avons déjà eu l'occasion de nous entretenir et qui prévoit une diminution de dépenses de 35 millions de francs.

Nous étions, à la fin de l'exercice, en présence d'une proposition visant à revenir sur cette décision; elle a été refusée par la commission. Par contre, à une grande majorité, la commission a accepté de transmettre au Conseil fédéral une proposition demandant de réduire considérablement les frais en matière d'asile et de nous présenter un projet dans ce sens. Dans les circonstances actuelles, c'est-à-dire en tenant compte, d'une part, des lois et des conventions existantes, et d'autre part, des nombreux nouveaux postes, nous avons consenti pour faire en sorte que les demandes puissent être traitées beaucoup plus rapidement.

Au nom de la majorité de la commission, je vous prie d'accepter cette motion.

**Bundesrat Stich:** Es ist so, wie die beiden Kommissionssprecher gesagt haben: Am Schluss der Budgetdebatte entstand in der Kommission der Eindruck, man müsse auch im Bereich des Asylwesens noch etwas mehr einsparen. Die Frage stand zur Diskussion, ob man diesen Teil nicht noch einmal behandeln müsse. Ich habe darauf hingewiesen, dass kurzfristig nichts geändert werden könne – genausowenig wie Verwertungsverluste beispielsweise durch eine Kürzung von Budgetpositionen reduziert werden können. Im Hinblick auf das Sparprogramm sei es aber sicher nützlich, noch einmal gründlich zu untersuchen, ob es nicht doch noch gewisse Weisungen gebe, die etwas zweckmässiger ausgestaltet werden könnten. Ich habe deswegen der Kommission empfohlen, sie solle nicht eine Rückweisung beschliessen, sondern lieber ein Postulat überweisen.

Ich würde Ihnen empfehlen, das, was als Motion eingereicht worden ist, als Postulat an den Bundesrat zu überweisen. Materiell ist es nämlich ein Postulat.

#### Abstimmung – Vote

##### Eventuell – A titre préliminaire

Für Überweisung als Motion	63 Stimmen
Für Überweisung als Postulat	50 Stimmen

##### Definitiv – Définitivement

Für Überweisung der Motion	71 Stimmen
Dagegen (Antrag Schmid Peter)	51 Stimmen

### Bundesbeschluss II über den Voranschlag 1992 des Bundesamtes für Rüstungsbetriebe Arrêté fédéral II concernant le budget 1992 de l'Office fédéral de la production d'armements

#### Detailberatung – Discussion par articles

#### Titel und Ingress, Art. 1–3

##### Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

#### Titre et préambule, art. 1–3

##### Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

#### Angenommen – Adopté

##### Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes

103 Stimmen

Dagegen

1 Stimme

#### An den Ständerat – Au Conseil des Etats

91.041

### Internationale humanitäre Hilfe. Weiterführung

### Aide humanitaire internationale. Continuation

Botschaft und Beschlussentwurf vom 3. Juni 1991 (BBI III 337)  
Message et projet d'arrêté du 3 juin 1991 (FF III 357)

Beschluss des Ständerates vom 1. Oktober 1991  
Décision du Conseil des Etats du 1er octobre 1991

Kategorie III, Art. 68 GRN – Catégorie III, art. 68 RCN

#### Antrag der Kommission

##### Eintreten

##### Proposition de la commission

Entrer en matière

**Bundi**, Berichterstatter: Es ist nicht gerade sehr komfortabel, eine so schergewichtige Vorlage eine halbe Stunde vor Sitzungsschluss in Angriff zu nehmen. Ich hoffe aber mindestens, dass die beiden hier traktandierten Geschäfte noch in dieser Session zu Ende beraten werden.

Mit der Vorlage über die Weiterführung der internationalen humanitären Hilfe der Eidgenossenschaft beantragt der Bundesrat einen Rahmenkredit von 1050 Millionen Franken für mindestens vier Jahre. Nachdem der letzte Rahmenkredit für diesen Zweck von 530 Millionen Franken für drei Jahre voraussichtlich im nächsten Februar vollständig aufgebracht sein wird, wird der neue Kredit frühestens ab März 1992 benötigt. Die Ausrichtung des Rahmenkredits erfolgt in Anpassung an die vierjährige Legislaturdauer und trägt auch zu mehr Transparenz bei.

Wie steht es mit der Begründung und mit der Zielsetzung dieses Rahmenkredits? Als Begründung für die wesentlich erhöhten jährlichen Anteile in den nächsten vier Jahren führte der Bundesrat vor allem zwei Punkte an:

1. Die Befürchtung, dass in Zukunft in der Welt die Katastrophen noch stark zunehmen könnten: Naturkatastrophen wie Erdbeben, Überschwemmungen; Zivilisationsunfälle wie Dammbürche, Chemieunfälle; regionale und lokale Kriege inklusive Bürgerkriege; Katastrophen aufgrund struktureller Mängel. Bei der Zunahme solcher Katastrophen spielen zunehmend die von Menschen beeinflussten negativen Umweltbedingungen eine Rolle.

2. Der Bundesrat beabsichtigt, unsere gesamten Mittel der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe auf das mittlere Niveau der OECD-Länder von 0,36 Prozent des Bruttozonalproduktes zu erhöhen.

Die Aussenpolitische Kommission teilte diese Begründung und konnte denn auch grundsätzlich dem beantragten Rahmenkredit zustimmen. Sie liess sich auch überzeugen, dass die Mittel dort, wo die grösste Not herrscht, und gemäss den echten vorliegenden Bedürfnissen eingesetzt werden. Diese Mittel dienen dazu, Hunger und wachsendes Elend zu



dern, das Ueberleben bei andauernden Konflikten nach Natur- und Umweltkatastrophen sowie im Umfeld von Flüchtlingen und Vertriebenen zu ermöglichen.

Die Kommission teilt auch die Ansicht, dass unseren Abteilungen des Katastrophenhilfekorps und der humanitären Hilfe die Kredite zur Verfügung stehen müssen und nicht erst im einzelnen Notfall von Bundesrat und Parlament beschlossen werden können, sonst käme unsere Hilfe zweifellos zu spät. Darum also der Rahmenkredit. Mit ihm ist kein Abflussmittelzwang gegeben, im Gegenteil: Mit der Festschreibung von mindestens vier Jahren ist es denkbar, dass er auch für viereinhalb oder fünf Jahre ausreichen kann.

Als Bevölkerungsgruppe, die bei Katastrophen häufig am meisten leidet und der auch spezielle Aufmerksamkeit zuteil werden soll, gelten Kinder, Frauen und alte Leute. In der Kommission wurde die Frage diskutiert, ob der Bundesbeschluss durch eine spezielle Bestimmung über die Frauenförderung ergänzt werden sollte. Neuerdings ist dazu noch ein Einzelantrag eingereicht worden. Die Kommission sah jedoch von einem solchen Antrag ab, aus der Erkenntnis, dass das Gesetz über die Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe die Frauen selbstverständlich einschliesst und dass diese auch im aktuellen System der humanitären Hilfe einbezogen sind.

Hingegen unterstützt die Kommission mit Nachdruck die Forderung, wonach im Rahmen der schweizerischen Hilfe Beschäftigungsprogramme für Frauen besondere Aufmerksamkeit erhalten sollen. Denn nicht selten sind sie es, die die sozialen Kosten von Strukturanpassungsprogrammen zu tragen haben.

Die Kommission beharrte auch mit Nachdruck auf der Forderung, dass ein bedeutender Teil der humanitären Hilfe in den Herkunftsregionen von Flüchtlingen und Vertriebenen geleistet wird. Die meisten Flüchtlinge halten sich in den jeweiligen Nachbarländern auf, die ihrerseits häufig auch arm und hilfsbedürftig sind. Mit unserer Hilfe können wir einen Beitrag an diese Asylländer leisten, die zum Teil Millionen von Flüchtlingen beherbergen. Solche Massnahmen sollten auch erreichen, dass der Flüchtlingsstrom nach anderen Kontinenten aufhört. Neben der direkten Hilfe unseres Katastrophenhilfekorps und unserer Hilfswerke ist auch die Unterstützung von internationalen Organisationen nötig, die die freiwillige Rückkehr und Wiedereingliederung von Flüchtlingen in ihre Heimat ermöglichen.

Wir haben uns auch über das Verhältnis dieser Hilfe zur Osteuropahilfe ausgesprochen. Der Auftrag der humanitären Hilfe ist weltweit. Sie kann also grundsätzlich überall erfolgen. Gemäss den Prioritäten des Bundesamts muss sie dort stattfinden, wo die Not am grössten ist und es um das Ueberleben von Menschen geht. Zum allergrössten Teil ist sie für die Entwicklungsländer bestimmt. Aber wo es um das Ueberleben besonders schwacher sozialer Gruppen geht, kann sie punktuell und gezielt auch in Osteuropa eingesetzt werden. Sie kommt aber grundsätzlich nicht in Frage, wo die Schwierigkeiten eine reine Folge von Strukturanpassungsmängeln sind. Da die humanitäre Hilfe spontan und rasch erfolgen muss, wird sie ohne Bedingungen gewährt. Die Frage der Konditionen stellt sich aber im Zusammenhang mit der klassischen Osteuropahilfe und auch im Zusammenhang mit der traditionellen Entwicklungszusammenarbeit.

Ein paar Worte zur Nahrungsmittelhilfe: Einen bedeutenden Posten innerhalb der humanitären Hilfe bildet die sogenannte Nahrungsmittelhilfe. Sie finden die Aufstellung auf Seite 73 der Botschaft. Dieser Posten hat in der Kommission einiges zu reden gegeben. In gewissen schweizerischen Kreisen herrscht die Auffassung, es sollten mehr Milch- und Getreideprodukte im Rahmen der humanitären Hilfe abgesetzt werden können. Die Philosophie des Bundesamts und der Hilfswerke ist jedoch, dass erstens der Gesichtspunkt der Bedürftigen und nicht jener der Produzierenden in den Gebirgsländern zu betrachten sei und dass zweitens diese Lieferungen nicht abgekoppelt vom Zusammenhang mit den Grundsätzen der Entwicklungszusammenarbeit erfolgen dürften. Schon wegen der hohen Transportkosten sind grundsätzlich die Nahrungsmittel möglichst in der Nähe der

Katastrophenstandorte zu erwerben. Dieses Vorgehen ist aber auch richtig im Hinblick auf Ueberschüsse, die in Nachbarländern vorhanden sind.

Um aber den Anliegen schweizerischer Produzenten einigermaßen entgegenzukommen, haben Bundesrat und Verwaltung eine Art Kompromiss gefunden, der unseres Erachtens nicht zielwidrig ist. Gemäss Fassung des Ständerates, welcher unsere Kommission zustimmt, soll sichergestellt werden, dass die Lieferung von schweizerischen Milchprodukten nicht vermindert wird. Sie soll zusammen mit den Getreideproduktelieferungen einen Viertel des Rahmenkredites betragen.

Wie steht es mit der Ursachenbekämpfung und der Kopplung mit der Entwicklungszusammenarbeit? Mit dem Instrument der humanitären Hilfe lässt sich nicht Ursachenbekämpfung machen. Die humanitäre Hilfe soll aber auch nicht zur permanenten Symptombekämpfung führen. Für die Ursachenbekämpfung braucht es das Zusammenspiel der Entwicklungszusammenarbeit und der verschiedenen Instrumente der Aussenpolitik in den Bereichen Handel, Kapitalflucht, Schuldenkrise, Menschenrechte und Bevölkerungspolitik. Dem Uebergang von der humanitären Hilfe zur Entwicklungszusammenarbeit wird wohl Aufmerksamkeit geschenkt. Die Ankoppelung lässt sich aber nicht schematisch machen, sondern ist von Fall zu Fall auf Flexibilität angewiesen. – Lassen Sie mich noch einige Worte zu den Finanzen sagen. In der Botschaft zum Budget 1992 des Bundes wird festgestellt, dass der Bereich «Beziehungen zum Ausland» den grössten Ausgabenzuwachs aufweise. Beim Eintreten in der Budgetdebatte ist das auch so ausgeführt worden. Dieser Anteil an den Gesamtausgaben – wird gesagt – steige von 5 Prozent auf 5,8 Prozent. Hier gilt es aber zu bedenken, dass für 1992 Zahlungen für ausserordentliche Beschlüsse des Parlaments oder für ins Auge gefasste Vorhaben fällig werden: Zieht man nämlich die rein wirtschaftlich geprägten Aufwendungen für 1992 an die Institutionen von Bretton Woods, an die Entschuldungsmassnahmen und an die Osteuropahilfe vom gesamten Posten der Aussenbeziehungen ab, so ergibt sich ein Anteil von 5 Prozent an den Gesamtausgaben des Bundes, d. h.: Wachstum Null gegenüber dem Vorjahr. Auch nach dem bereinigten Budget, wo ja einige dieser rein wirtschaftlichen Aufwendungen ausgesetzt oder gekürzt worden sind, nähert sich nun diese Prozentzahl sehr deutlich der Zahl 5.

Weiter ist festzustellen, dass die Budgetrealität 1992 heute nicht mehr dem entspricht, was ursprünglich als Ziel ins Auge gefasst wurde. Die DEH musste über die Bücher gehen und sich im Rahmen zweier Sparrunden erhebliche Abstriche gefallen lassen. So weisen heute die Entwicklungszusammenarbeit im Zuständigkeitsbereich dieser Direktion und die humanitäre Hilfe zusammen für das Jahr 1992 ein Wachstum von nur 3,6 Prozent auf. Das liegt unter der Teuerung. Auch die humanitäre Hilfe musste zurückgestutzt werden. Es ist nicht möglich, bei den laufenden Aktionen den Wert zu erhalten. Dazu wäre ein Wachstum von 5 Prozent geplant und nötig gewesen. Damit gibt es in der Praxis für das Jahresbudget 1992 der humanitären Hilfe trotz stark erhöhtem Rahmenkredit kein reales Wachstum.

Schliesslich ist festzuhalten, dass die Budgetposition «Humanitäre Hilfe» für 1992 beträchtlich unter einem Viertel des nun zur Diskussion stehenden Rahmenkredites eingesetzt ist. Dabei ist zu berücksichtigen, dass nicht alle Ausgaben unter dieser Position zu Lasten des Rahmenkredits erfolgen. So beruht der ordentliche Beitrag an das Internationale Komitee vom Roten Kreuz – es handelt sich um einen Beitrag von 55 Millionen Franken für 1992 – auf einem Bundesbeschluss vom 25. September 1989 und der Beitrag an die Verwaltungskosten der Internationalen Organisation für Migrationen (IOM) auf einem Bundesbeschluss vom 17. März 1954.

Ferner ist fälschlicherweise unter der Gesamtposition «Humanitäre Hilfe» auch die Position «Umweltprogramme» mit rund 20 Millionen Franken aufgeführt, die auf einem Bundesbeschluss vom 13. März 1991 beruht. Dieser Beschluss trägt den Titel «Finanzierung von Umweltprogrammen und Projekten von globaler Bedeutung in Entwicklungsländern». Es ist ein offensichtlicher Irrtum, dass diese Position hier unter der Rubrik «Humanitäre Hilfe» hineingekommen ist. Man hat uns ver-

sichert, dass sie im Rahmen des bereinigten Budgets auch korrigiert wird.

Die Kommission hat sich ausführlich mit diesen finanziellen Zusammenhängen und Budgetfolgerungen befasst und ist zum Schluss gekommen, den vom Bundesrat beantragten Rahmenkredit ohne Abstriche gutzuheissen.

Falls die Budgetmittel für die humanitäre Hilfe in den kommenden Jahren nicht jenes Wachstum aufweisen sollten, von dem der Bundesrat bei der Erarbeitung der Botschaft ausgegangen ist, würde die Laufzeit des für eine Mindestdauer von vier Jahren vorgesehenen Rahmenkredits entsprechend verlängert. Massgebend für die Höhe der jährlichen Ausgaben sind die Budgetbeschlüsse des Parlaments.

Die Kommission beantragt demnach einstimmig, auf den Bundesbeschluss einzutreten und ihm in der Fassung des Bundesrats mit der geringfügigen Aenderung des Ständerats zuzustimmen.

**M. Rohrbasser**, rapporteur: Le Conseil fédéral vous propose d'accepter un crédit de 1050 millions à titre d'aide humanitaire. La pauvreté qui sévit dans le tiers monde est certainement le problème social le plus important et le plus difficile à résoudre à notre époque. Depuis trente ans, les pays bénéficiant d'un statut économique favorable ont pris conscience qu'il fallait aider les pays pauvres. Au plan intérieur – vous le savez – nous vivons une époque conjoncturelle difficile et le Conseil fédéral est obligé – on l'a vu tout à l'heure, les Chambres y compris – de réajuster certains budgets par le biais du frein aux dépenses.

C'est dire que, dans une assemblée comme la nôtre, chacun éprouve une sensibilité différente face à cette aide humanitaire, telle qu'elle doit être dispensée. Pour d'aucuns, le plus ne sera jamais assez et pour d'autres, le moins c'est déjà trop. Alors, face à ces appréciations, la Commission des affaires étrangères trouve que le message qui vous est proposé est très bien charpenté, et que les propositions ainsi que le développement de celles-ci sont équilibrés. Le mérite vous en revient, Monsieur le Conseiller fédéral, à vous et à vos services. Nous connaissons votre fibre généreuse, mais chacun s'accordera à reconnaître la qualité d'un juste milieu, consistant à aider les peuples démunis dans l'échelle financière dont peut disposer un pays comme le nôtre.

Le grand principe de l'aide humanitaire, telle qu'elle est définie dans le message, consiste en son universalité. Même si l'on aimerait faire plus, il faut reconnaître à l'aide humanitaire suisse un label de qualité, mais aussi des limites. Parmi les priorités figurent l'aide en cas de catastrophes et l'aide sociale contre la pauvreté et la misère chronique. Dans ce deuxième axe, un travail de longue haleine est nécessaire et le constat tendant à établir que la misère est chronique dans différents pays est juste.

Mais par ailleurs, il ne faut pas commettre l'erreur de surestimer nos capacités d'aide humanitaire. A court terme, ce serait le moyen de rendre l'engagement de cette aide peu sûr puisque, là encore, un consensus dégagé par le Conseil fédéral, par les Chambres et ensuite approuvé est nécessaire à l'ouverture de ce crédit. Les besoins d'aide humanitaire dans le monde sont énormes. La Confédération fixe des priorités claires et doit focaliser ses actions là où la détresse est la plus large. Malheureusement, au hit-parade de la misère, il existe un classement, et vous vous rendez bien compte que les questions de survie de populations évaluées à plusieurs millions de personnes doivent revêtir une priorité essentielle. Il n'y a pas, en ce domaine, de solutions simples pouvant développer des effets immédiats. La réussite de l'aide au tiers monde passe par une politique concertée de tous les pays qui sont censés apporter leur aide. Ces pays doivent dégager une politique commune à l'égard des pays aidés, sans, bien entendu, aller s'ingérer dans la marche politique de ceux-ci. Mais nous devons les aider à réduire les causes du sous-développement qui se résume en questions d'endettement, de droit de l'homme, de démographie galopante, d'ouverture au système démocratique, etc. Il y a là tout un travail consistant à mettre en place des conditions politiques, économiques et sociales, dans les pays concernés.

Certes, dans le ciel noir, quelques points bleus font renaître l'espoir de temps meilleurs. L'éclatement du bloc de l'Est supprime un antagoniste qui ne cessait de s'interposer. Ce que pratiquaient les Etats-Unis ou l'URSS avant leur rapprochement n'était rien d'autre que de la colonisation politique, abouissant ainsi à entretenir des régimes et des conflits qui ont produit des millions de réfugiés qu'il faut aider, sans quoi ils mourront de famine.

Voilà l'exemple de l'aide directe qui est ultra-nécessaire et urgente. Dans les pays stables, le message vous propose des programmes de développement qui sont imaginés afin de créer des conditions de vie meilleures pour la population indigène.

Deux mots encore sur la rubrique – et la Commission des affaires étrangères s'y est penchée – concernant l'aide humanitaire en produits laitiers et en céréales indigènes. Ce débat n'est pas nouveau et les avis sont toujours partagés, tant du point de vue de ceux qui sont chauds partisans d'une aide alimentaire partant en ligne directe de notre pays, que de ceux qui pensent que cette aide n'est pas toujours adaptée ou bienvenue. Encore une fois, c'est une question de juste milieu. Certains membres de la commission demandent que les crédits envisagés à cet effet soient entièrement utilisés.

L'aide en lait en poudre, contrairement à ce qu'en pensent certains, contribue et est même indispensable à la survie d'innombrables vies humaines. La demande est toujours très forte et il ne faut pas oublier qu'un régime à base unique de céréales, consommées sans adjonction de lait, est très problématique, tout comme un régime qui aurait pour nourriture essentielle le lait uniquement. La réduction de l'aide en lait en poudre dans les années passées a été critiquée par des organisations touchées, et nous pensons que la somme de 140 millions, soit 35 millions par an, n'est pas exagérée. Par les temps qui courent, il serait bienvenu d'utiliser pleinement ce crédit.

L'une ou l'autre considération vous seront faites, bien entendu, par les porte-parole de groupe. Je ne m'y attarderai pas, mais d'ores et déjà et je le répète, la commission vous recommande d'accepter ce message et de n'y rien changer. Nous sommes conscients que les montants additionnés de l'aide humanitaire sont importants; l'angle d'attaque de ces problèmes doit se situer au niveau de l'intelligence du coeur.

Il faut essayer de comparer ce monde à un jardin et en même temps de le cultiver et de l'embellir, mais de conserver la modestie du vieux jardinier qui sait que nombre de ses essais échoueront. Ce n'est pas une raison de ne plus croire en l'humain. Il faut donc espérer que les valeurs fondamentales de notre pays: l'entraide, la tolérance, la responsabilité, restent reconnues en tant que telles à l'avenir. Il faut que nous fassions de notre mieux en ce sens. Il y a toujours la pensée et la main; la pensée aimerait bien suivre la main, il faut que la main s'ouvre et que la pensée la suive.

*Hier wird die Beratung dieses Geschäftes unterbrochen  
Le débat sur cet objet est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 20.00 Uhr  
La séance est levée à 20 h 00*

## Zehnte Sitzung – Dixième séance

Dienstag, 10. Dezember 1991, Vormittag  
Mardi 10 décembre 1991, matin

08.00 h

Vorsitz – Présidence: Herr Nebiker

91.041

### Internationale humanitäre Hilfe. Weiterführung Aide humanitaire internationale. Continuation

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 2308 hiavor – Voir page 2308 ci-devant

**Steffen:** Die Fraktion der Schweizer Demokraten und der Lega dei Ticinesi anerkennt, dass der Bundesrat mit dem vorliegenden Bundesbeschluss die grundsätzlichen Zielsetzungen unserer internationalen humanitären Hilfe zu erfüllen sucht. Der Bundesrat betont in seiner Botschaft, dass diese Hilfe ein wichtiger Ausdruck der Solidarität unseres Landes gegenüber der Völkergemeinschaft sei.

Wir gehen davon aus, dass im Zeitpunkt der Ausarbeitung dieser Botschaft die prekäre Finanzlage des Bundes noch nicht in ihrer ganzen Tragweite bekannt war, obwohl man in den Departementen damals bereits fleissig mit dem Rotstift gewirkt haben muss. Betrachtet man die Höhe des geforderten Rahmenkreditbeschlusses von 1050 Millionen Franken, müssen wir feststellen, dass man Artikel 9 Absatz 2 des Bundesgesetzes über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe viel zuwenig beachtet hat; er lautet: «Bei den Rahmenkreditvorlagen sind die Lage der schweizerischen Wirtschaft und der Bundesfinanzen sowie die Erfordernisse der benachteiligten Gebiete im Inland zu beachten.»

Ich verzichte darauf, das lange und breite die Lage der schweizerischen Wirtschaft zu analysieren. Sie haben Kenntnis von der stets wachsenden Zahl der Konkurse, der Kurzarbeiter, der Betriebsschliessungen, der Arbeitslosen und von der Ausbreitung der Neuen Armut. Ueber die Lage der Bundesfinanzen haben wir im Rahmen der Budgetbehandlung ausgiebig diskutieren können, also kann ich auf ein Klageglied verzichten.

Hier möchte ich kurz auf die Steigerung der öffentlichen Entwicklungshilfe der Schweiz zu sprechen kommen. In der Zehnjahresperiode 1981 bis 1990 ist diese um 120 Prozent von 453 Millionen auf 1006 Millionen Franken gestiegen, was gemessen am Bruttosozialprodukt eine Steigerung der Entwicklungshilfe von 0,23 Prozent im Jahre 1981 auf 0,3 Prozent im Jahre 1990 bedeutet. Bei der Behandlung der Vorlagen über den Beitritt der Schweiz zu den Institutionen von Bretton Woods durften wir hier im Saale zur Kenntnis nehmen, dass der Bundesrat die Absicht hat, die Entwicklungshilfe der Schweiz auf 0,4 Prozent des Bruttosozialproduktes ansteigen zu lassen.

Dass der Bundesrat gegenüber den internationalen Organisationen und gegenüber den Empfängerländern den Grosszügigen spielen wollte, liess sich in Zeiten der gefüllten Bundeskasse noch vertreten. Jetzt bläst uns aber auf allen politischen Ebenen der kalte Wind der Defizite ins Gesicht, und da gilt es meiner Meinung nach, sich der neuen Situation anzupassen.

Spätestens bei der Behandlung der Vorlage hätte die Kommission dem oben erwähnten Artikel 9 Beachtung schenken müssen.

Dass man sich über die Höhe des Rahmenkredits offenbar nicht einig war, kann zwischen den Zeilen der Pressemitteilung vom 13. November dieses Jahres gelesen werden; es heisst, dass dem Kommissionsbeschluss eine lange Diskussion über die Lage der Bundesfinanzen im Zusammenhang mit der Aufstockung gegenüber dem auslaufenden Rahmenkredit vorausgegangen sei.

Vom Bundesrat und vom Kommissionspräsidenten erbitte ich eine Begründung der Tatsache, dass man sich bei der Bemessung der Höhe des Kredites nicht an die gesetzlichen Vorschriften gehalten hat.

Nachdem die Kommission der Vorlage und der Höhe des Rahmenkredits ohne Gegenstimme zugestimmt hat, wäre jeder Antrag auf Kürzung ohnehin chancenlos geblieben. Deshalb stellen wir ihn auch nicht. Aber die Fraktion der Schweizer Demokraten und der Lega dei Ticinesi wird sich spätestens bei der Behandlung des Voranschlages 1993 vorbehalten, nach einer genauen Beurteilung der dannzuständigen Finanzlage einen Antrag auf Kürzung des jährlichen Zahlungskredits einzureichen oder aber den Bundesrat aufzufordern, die Dauer von vier auf fünf Jahre zu verlängern. Soviel zur Höhe des Rahmenkredits.

Nun möchte ich noch drei Bereiche herausgreifen, die mich nach der Lektüre des Berichtes besonders beschäftigt haben.

1. Zur Erfolgskontrolle: Während Jahren fliessen grosse Summen in viele Länder und helfen dort mit, die Not zu lindern. Besonders bei der Nahrungsmittelhilfe wird man aber immer wieder mit Berichten konfrontiert, die zum Teil belächelt zeigen, wie Hilfsgüter in Originalverpackungen auf den Märkten der Länder feilgehalten werden. Das schadet nicht nur dem Image der Entwicklungs- und der humanitären Hilfe. Es beeinflusst auch negativ die Spendefreudigkeit des Schweizer vis-à-vis der Hilfswerke. Alle Hilfe über diese Organisationen hat wohl den Mangel, dass sie relativ schlecht kontrolliert werden kann. Es würde mich interessieren, wie die DEH die Erfolgskontrolle organisiert hat.

2. Zur Verteilung: In rund achtzig Ländern erfolgen humanitäre Hilfeleistungen des Bundes. Natürlich gibt es noch in weiteren Ländern Elend. Aber ich frage mich, ob es richtig ist, wenn ein kleines Land wie die Schweiz seine Hilfeleistungen dermassen verzettelt. Wäre es nicht angebracht, sich mit anderen Geberländern dahin abzusprechen, dass jedes Geberland in weniger Ländern Hilfe leistet, dafür dort konzentriert?

Dies würde sicher einen effizienteren Einsatz der Mittel und des Personals ermöglichen, und die humanitären Massnahmen liessen sich nahtlos in solche der Entwicklungshilfe im gleichen Land, wo dies nötig wäre, überführen.

3. Auf Seite 8 der Botschaft schreibt der Bundesrat, dass eine grosse Anzahl von Entwicklungsländern heute einschneidende Reformprogramme zur wirtschaftlichen Struktur Anpassung durchführe. Als Folge dieser Eingriffe würden die schwächeren sozialen Schichten ausserordentlich stark belastet. Der Kommissionspräsident hat dies in seiner Rede auch erwähnt. Für eine begrenzte Zeit könnten zahlreiche Menschen ihr Überleben und ihre Grundbedürfnisse nicht mehr aus eigener Kraft sichern und bräuchten Hilfe von aussen. Wer diese Programme verordnet, steht nicht in der Botschaft. Wir wissen es: die Weltbank. Damit stehen wir vor der merkwürdigen Tatsache, dass wir nach dem Willen des Bundesrates und der Mehrheit dieses Parlaments einerseits der Weltbank beitreten – was glücklicherweise noch nicht rechtskräftig ist – und andererseits mit Geldern unserer humanitären Hilfe die Fehler der Reformprogramme ausbügeln helfen sollten. Ganz einfach ausgedrückt: zuerst liefern wir Dutzende von Millionen für Weltbankreformprogramme, und nachher zahlen wir Dutzende von Millionen zur Behebung der Schäden, die damit angerichtet wurden. Unserer Meinung nach müsste hier das Versacherprinzip spielen, nämlich dass die Weltbank die von ihr verursachten Schäden selber finanziert.

Wir von den Schweizer Demokraten werden die Anträge Widerkehr und von Felten ablehnen. Wir unterstützen den Antrag Hari. Hingegen wird sich die Fraktion der Schweizer Demokra-

ten und der Lega dei Ticinesi bei der Schlussabstimmung dieses Geschäftes aus Protest gegen die Höhe des Rahmenkreditbeschlusses der Stimme enthalten.

**Frau Bär:** Angesichts der Grösse des Problems, angesichts des fast grenzenlosen Elendes, das wir mit dem vorliegenden Geschäft ansprechen, ist es gut, zu Beginn das Positive festzuhalten.

Die Botschaft des Bundesrates vermittelt eine umfassende, grundlegende Analyse der Situation, in der sich die grosse Mehrheit der Weltbevölkerung befindet. Sie vermittelt auch eine kritische Aufarbeitung der Gründe, die zu einer Zunahme von Katastrophen und ihren Folgeschäden geführt haben. Ich zitiere die Botschaft, Seiten 6 und 7: «Unsere Zeit zeichnet sich durch eine ausgesprochene Häufung von Katastrophen aus. Zu den Naturkatastrophen sind neu die vom Menschen verursachten Katastrophen, die sogenannten Zivilisationskatastrophen, hinzugekommen .... Mehr und mehr zeigt sich die Anfälligkeit einer geschädigten oder geschwächten Umwelt für Krisen und Katastrophen aller Art .... Naturkatastrophen erweisen sich somit immer häufiger als Folgen von Umweltschäden, die vom Menschen verursacht sind. Die damit einhergehende Gefährdung der Lebensgrundlagen – oft zusätzlich verschärft durch wirtschaftliche, politische und soziale Probleme, Bevölkerungsdruck und Bürgerkriege – führt zu immer grösseren Flucht- und Wanderbewegungen innerhalb der betroffenen Regionen und über sie hinaus. Von den ungefähr 15 Millionen Flüchtlingen, die es heute weltweit gibt, sind viele seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten heimatlos und bilden für die meist armen Aufnahmeländer eine beträchtliche zusätzliche Belastung.»

Bei der Grösse der Not und des Hungers, die häufig dort ein Dauerzustand sind, wo die Scheinwerfer der Medien nicht mehr ständig hinleuchten – denken Sie an Somalia oder den Südsudan –, ist es für die grüne Fraktion eine Selbstverständlichkeit, dass wir einer Erhöhung des Rahmenkreditbeschlusses auf über eine Milliarde zustimmen. Auch dieser Betrag ist – wenn Sie an die zusätzlich nötige Hilfe für die Länder Osteuropas denken – nur ein Tropfen auf einen immer heisser werdenden Stein. Auch wenn dieser Betrag hoch erscheinen mag, können wir damit im besten Fall überlebenswichtige Bedürfnisse berücksichtigen. Nicht übersehen dürfen wir, dass die Botschaft klar aufzeigt, welchen Schaden eine nicht kohärente Aussen- und Wirtschaftspolitik weltweit verursacht, oder anders gesagt, es wird deutlich, was die Schuldenlast, das Zahlungsbilanzdefizit eines Entwicklungslandes mit der Unterernährung der Kinder in diesem Land zu tun hat. Auf Seite 8 der Botschaft können Sie lesen: «Eine grosse Anzahl von Entwicklungsländern führt heute einschneidende Reformprogramme zur wirtschaftlichen Strukturanpassung durch. Ihre Auswirkungen belasten die schwächeren sozialen Schichten jedenfalls für eine begrenzte Zeit ausserordentlich stark. Zahlreiche Menschen können ihr Überleben und ihre Grundbedürfnisse nicht mehr aus eigener Kraft sichern und brauchen Hilfe von aussen.» Gemeint sind Strukturanpassungen, die vom IWF diktiert wurden. Unsere Aussenwirtschaftspolitik und die der anderen Industriestaaten macht oftmals die Arbeit der Entwicklungszusammenarbeit zunichte und den Einsatz von humanitärer Hilfe erst nötig. Das Lindern von Not, die durch Strukturprogramme entstanden ist, bedingt eine neue Kategorie von Programmen und Projekten, wie der Bundesrat auf Seite 22 der Botschaft feststellt. Diese Tatsache müsste zu einer kritischen Überprüfung unserer Aussenwirtschaftspolitik führen.

Wenn der Bundesrat schreibt, es sei nicht in erster Linie Aufgabe der humanitären Hilfe, die tiefer liegenden Ursachen der Not zu beseitigen, dies sei im wesentlichen das Ziel der Entwicklungszusammenarbeit, müssen wir dem entgegenhalten, dass es wenig sinnvoll ist, Geld für humanitäre Hilfe auszugeben, nur weil wir nicht gewillt sind, die Widersprüchlichkeiten unseres Handelns zu vermeiden.

Die Schwächsten einer Gesellschaft sind bekanntlich die Frauen und ihre Kinder. Wir müssen das immer wieder betonen. Sie werden von den Sparmassnahmen des IWF am härtesten getroffen. Unicef schreibt im Jahresbericht 1990 dazu: «In den letzten 12 Monaten sind eine halbe Million Kinder zusätz-

lich gestorben als Folge der Massnahmen zur Tilgung der Schulden.» Das sind Tag für Tag zusätzlich 1400 tote Kinder zu den 40 000, die als Folge von Unterernährung und Krankheit sterben.

Der Bundesrat hat in der Kommission versichert, dass ihm die Unterstützung von Frauenprojekten ein besonderes Anliegen sei. Die grüne Fraktion unterstützt deshalb den Antrag von Felten. Wir unterstützen auch den Antrag Wiederkehr betreffend Milchpulverlieferungen. Er entspricht der Philosophie, die bei der Budgetdebatte von unserer Fraktion bereits vertreten wurde. Wir finden es nicht richtig, dass wir den Entscheid, den dieser Rat anlässlich des letzten Rahmenprogrammes getroffen hat, wieder umstossen und das Geld für die Milchprodukte erhöhen. Es geht nicht, dass wir unsere landwirtschaftlichen Strukturprobleme via humanitäre Hilfe zu lösen versuchen und so die Effizienz dieser Hilfe heruntersetzen.

Wir bitten Sie, dem neuen Rahmenkredit zuzustimmen, dies im Wissen darum, dass wir damit nur, um mit Martin Luther King zu sprechen, aus dem Berg der Verzweiflung einen Stein der Hoffnung hauen – mehr nicht. Aber dies müssen wir tun!

**M. Eggly:** Le groupe libéral votera l'arrêté sur la continuation de l'aide humanitaire de la Confédération, soit 1,050 milliard pour quatre ans. Continuation et continuité sont bien des mots qui conviennent. L'aide humanitaire correspond à un élément clé de la politique suisse. Neutralité et solidarité doivent être intimement liées, fut-il déjà affirmé à la fin de la guerre mondiale. Il n'est pas imaginable, en effet, qu'un pays riche et privilégié comme la Suisse, même en temps dit de récession, puisse passer sans sourciller à côté de la misère du monde. De la misère, des malheurs, des famines, des catastrophes, il y en a plus qu'on ne saurait dire dans ce monde aujourd'hui. Garder l'accent sur l'aide humanitaire est donc essentiel.

Nous approuvons M. René Felber, conseiller fédéral, d'avoir rappelé que l'engagement en faveur des pays d'Europe centrale et d'Europe de l'est ne saurait faire oublier le devoir humanitaire de la Suisse à l'adresse des pays du sud, même si une aide humanitaire d'urgence, temporaire, peut aussi et doit aussi se concevoir dans la nouvelle coopération européenne. Nous voyons bien également que cette aide humanitaire ne peut pas être isolée des autres éléments de coopération au développement et nous remarquons avec intérêt combien, de message en message, le Conseil fédéral approfondit l'analyse avec un réalisme plus aigu. Le message nous dit, très justement, qu'il y a des aides humanitaires qui créent des dépendances, qui créent des réflexes d'assistance, de mauvaises substitutions, de mauvaises habitudes alimentaires par exemple. Il faut échapper à ces fausses pistes, où la bonne conscience ne sert qu'aux donateurs. Un parallèle est à faire d'ailleurs avec les modalités de notre propre système de redistribution sociale et de solidarité organisée en Suisse même.

Contrairement à ce que prétendent certains, le message ne met pas en contradiction les besoins humanitaires avec les réajustements structurels imposés parfois par des institutions internationales, comme la Banque mondiale et le Fonds monétaire international. Mais l'aide humanitaire, c'est vrai, peut aider à supporter la phase transitoire qui en découle. Un effort de cohérence donc à mener, afin que les éléments se prolongent les uns les autres et se complètent, tout en sachant, comme le relève le message, que des situations d'urgence empêchent parfois de se poser mille questions. Mais la ligne est tracée.

Sur la diversité des situations, sur les choix particuliers de la Suisse quant aux pays bénéficiaires, choix parfois à contre-courant, nous n'avons rien à dire, sinon qu'ils nous conviennent. De même partageons-nous le désir d'en rester à la neutralité politique de l'aide. Cela découle d'ailleurs du principe général selon lequel nous reconnaissons des pays et non pas des régimes. Nous aidons des populations et non pas des gouvernements. Il n'empêche, Mesdames et Messieurs, que ce principe ne peut pas être toujours appliqué intégralement. Souvent, et c'est également à rappeler, les besoins humanitaires les plus grands vont de pair avec le non-respect élémentaire des droits de l'homme dans un pays donné. Parfois le régime est tellement odieux qu'il fait barrage à une aide judi-

ciuse, à une distribution appropriée. Parfois il faut passer par des organisations engagées pour faire passer des secours à des rebelles ou à des résistants difficilement atteignables autrement; on l'a vu, par exemple, en Ethiopie.

Tout cela n'est pas simple et requiert beaucoup de souplesse. Les différentes formes de l'aide doivent donc s'articuler au gré des situations et, comme nous l'avons relevé, dans l'intérêt d'une cohérence et d'une continuité, d'une collaboration avec le pays donné.

A cet égard, la «rajouture» du Conseil des Etats au chiffre 2 de l'article 2 de l'arrêté, nous incite à vous poser une question, Monsieur le Conseiller fédéral. De votre réponse dépendra un peu le vote du groupe libéral sur cet alinéa.

A propos de l'aide alimentaire, le message stipule: «Des produits d'origine suisse, avant tout des produits laitiers, sont utilisés là où leur emploi est judicieux, inoffensif du point de vue de l'hygiène et se justifie malgré un prix très élevé.» Autrement dit, l'utilisation de produits indigènes mieux exploités et répartis est préférable à l'utilisation de produits importés par le pays du tiers monde. On peut lire encore, plus loin: «La quantité de produits laitiers prévue par l'arrêté qui expire à la fin de cette année n'a pas été complètement utilisée.» Or, nous ne votons pas un crédit pour augmenter la part des produits laitiers suisses pris en charge par la Confédération, au seul titre d'une aide que nous voudrions apporter à l'agriculture suisse. Est-il donc raisonnable, est-il naturellement utilisable à bonne fin humanitaire et au bénéfice des pays concernés que, comme le dit la version du Conseil des Etats, la livraison de produits laitiers et céréalières suisses corresponde au moins à un quart du crédit de programme? Nous posons la question.

J'ai encore une autre interrogation à l'esprit, Monsieur le Conseiller fédéral. Les pays africains sont aujourd'hui très massivement frappés par le SIDA, de façon dramatique. Des familles sont détruites, la structure sociale africaine se déchire de manière accélérée. Dans des hôpitaux privés de tout, on voit des mères agoniser et mourir du SIDA avec leurs enfants autour d'elles parce que personne d'autre ne peut s'en occuper, et après le décès de leur mère, ces enfants n'ont plus aucune attache et vont hanter des mégapoles anarchiques. Certes, la situation des grandes capitales africaines et la question de l'aide nécessaire dans leurs banlieues gigantesques sont l'une des grandes préoccupations du service de la coopération au développement. On peut citer, par exemple, le projet «Nylon» à Douala, qui est intéressant. Les effets du SIDA entraînent une donnée terrible, qui me paraît relever à la fois de l'aide humanitaire la plus urgente et d'une politique de santé et de prévention qui relève de la coopération au développement. J'aimerais connaître la position du gouvernement sur ce point.

Pour le reste, nous nous en tiendrons à la version de la majorité de la commission et nous écarterons toutes les propositions qui sont tombées sur vos pupitres.

Pour en revenir à l'ensemble, le groupe libéral soutient cet arrêté, dans sa propre continuité et sa propre cohérence, par rapport à sa vision de la politique étrangère et de la politique de sécurité de notre pays, comprises au sens le plus large du terme.

**Mühlemann:** Die schweizerische Aussenpolitik lebte über Jahrhunderte von der egoistisch geprägten Neutralität, einer Neutralität des Stillesitzens, bei der wir uns wenig um unsere Nachbarn kümmerten. Erst das neunzehnte Jahrhundert, mit der privaten Initiative von Henri Dunant, brachte ein solidarisches Engagement unseres Landes gegenüber notleidenden Völkern und Mitmenschen. Es ist das Verdienst von Bundesrat Petitpierre, nach dem Zweiten Weltkrieg erkannt zu haben, dass die bewaffnete Neutralität allein nicht genügen kann und durch die Haltung der Solidarität ergänzt werden muss. Diese magische Formel und Maxime unserer Aussenpolitik – bewaffnete Neutralität und Solidarität – steht heute zur Diskussion. Sie wird überprüft, sie wird zu Recht examiniert.

Eine Veränderung dieser Formel kann nur dahin gehen, dass wir unser solidarisches Engagement verstärken. Wir leben in einer Umwelt, bei der wir aufgefordert sind, unseren konstruktiven Beitrag für Friede und Freiheit zu leisten. In dieser Bezie-

hung ist die jetzt vorgelegte Botschaft eine wichtige, wie ich meine auch eine unbestrittene. Es handelt sich um die humanitäre Hilfe. Wir haben eine Botschaft vor uns, die die gesamte Problematik ausführlich und gründlich darstellt. Man darf Herrn Botschafter Staehelin, Direktor der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe, für seine Arbeit Dank aussprechen. Es sei bei dieser Gelegenheit auch einmal darauf hingewiesen, dass seine flankierenden Massnahmen, wie etwa die jährlichen Konferenzen, bedeutsam sind. Sie sind alle herzlich eingeladen, vielleicht einmal einen Tag zu opfern, um mit Vertretern des Katastrophenhilfekorps oder der Hilfswerke nationaler oder internationaler Herkunft zusammensitzen. Es lohnt sich, dieses Thema vertieft anzugehen. Es handelt sich um eine äusserst komplexe Materie, zu der man durchaus verschiedene Meinungen haben kann.

Unbestritten ist die Katastrophenhilfe. Dort, wo der Mensch nichts zu seinem Heil beitragen kann, dort, wo das Unheil von irgendwoher kommt und als Taifun die Philippinen verwüstet oder als Erdbeben Armenien zerstört, ist unsere Hilfe unbestritten und wird gefordert. Ein Teil dieser humanitären Hilfe beschlägt diesen Bereich. Gesagt wird, die Naturkatastrophen seien im Zunehmen begriffen, und Umweltveränderungen trügen dazu bei, dass vermehrt Kaskaden von Naturkatastrophen auf uns zukämen. Ich halte es für müssig, hier eine Diskussion darüber zu entfachen, ob das stimmt oder nicht. Schlicht und einfach gilt die Tatsache, dass wir dort, wo die Katastrophe aufbricht, definiert als Naturkatastrophe, zu helfen haben, und zwar ohne Wenn und Aber.

Sehr viel schwieriger ist die Situation dort, wo der Mensch selber die Katastrophe verursacht. Der Fall sein kann dies etwa im Nord-Süd-Konflikt, wo es die Probleme des Kolonialzeitalters zu überwinden gilt, wenn es sich darum handelt, von Diktatorsystemen in demokratische Formen überzugehen oder aus zentral gelenkter Planwirtschaft den Weg zur Marktwirtschaft zu finden. Das alles ist aussergewöhnlich schwierig. Dort stellen sich die Fragen, wann unsere Hilfe einsetzen soll, wie stark sie sein soll und wie stark man versuchen soll, den Menschen zu beeinflussen, um diese Katastrophen zu verhindern.

Ich darf daran erinnern, dass wir in der Beendigung des Kolonialzeitalters ganz unterschiedliche Ergebnisse haben. Die Portugiesen haben Angola und Mozambique verlassen, ohne an die folgende Situation überhaupt zu denken. Dementsprechend haben wir dort mit unserer humanitären Hilfe eingegriffen. Wir haben 5 Millionen Franken in den Staat Mozambique hineingesteckt, in ein korruptes System, dessen Korruption durch die kommunistische Aggressivität gegenüber Südafrika noch verstärkt wurde. Man stand vor einer Situation, die zum Himmel schrie und die auch dazu führte, dass wir diese Hilfe zu Recht leisteten. Aber es stellte sich dann eben die bange Frage, was man zusätzlich unternehmen könnte, um politisch Remedur zu schaffen und dafür zu sorgen, dass unsere Hilfe nicht einfach eine kosmetische Übung blieb, die den Aermsten Hilfe bringen und eine Flut von weiteren Katastrophen nach sich ziehen würde, denen wir relativ hilflos gegenüberstehen würden.

Dieselbe Frage stellt sich heute in Osteuropa und in der Sowjetunion, und zwar für uns sehr viel stärker, weil sich die Problematik im Vorgarten der Schweiz abspielt. Das, was wir jetzt erleben, ist dieser mühselige Uebergang von siebzig Jahren Planwirtschaft und Diktatur, der noch Jahre und Jahrzehnte dauern wird, eine Transformation, die man zwar mit den Zaubervörtern Glasnost und Perestroika beflügeln kann, die aber, wie die jüngste Entwicklung zeigt, unendlich viel mehr Raum und Zeit braucht, um im Rahmen von Demokratie und marktwirtschaftlicher Grundlage Realität zu werden. Ich halte es auch für richtig, dass wir in diesem Zusammenhang der Sowjetunion humanitäre Hilfe anbieten. Es ist erstaunlich, dass die reichste Kornkammer der Welt wie die Ukraine deren bedarf. Es ist erstaunlich, dass es im reichsten Landwirtschaftsland der Welt, der Sowjetunion, diesen Winter in Leningrad und in Moskau Hungerkatastrophen geben wird. Wenn wir hier nicht mithelfen, werden wir den demokratischen Prozess nicht beschleunigen, sondern verlangsamern. Man kann nicht Demokratie predigen und wie weiland Trotzki umhergehen und Stationsvorsteher und Eisenbahnbeamte erschliessen,

weil sie in der Verteilorganisation versagen. Es ist heute nicht möglich, mit solch drakonischer Hilfe in der Sowjetunion die Verteilsituation zu verbessern.

Am schwierigsten ist es dort, wo Naturkatastrophen und menschliches Versagen tatsächlich zusammenkommen. Angola ist Musterbeispiel für eine kombinierte Hilfe. Ich beglückwünsche Herrn Staehelin und seine Helfer zur Art und Weise, wie man in Angola eingegriffen hat, wo es darum ging, in einem von Regenfällen gepeinigten und im Bürgerkrieg steckenden Land eine einigermaßen vernünftige Nahrungsmittelversorgung einzuführen. Die Schweiz hat dort in sehr subtiler Art und Weise die Infrastruktur vom Meer ins Landesinnere aufgebaut. Ich bitte Sie, dieses Projekt Angola einmal zu studieren. Hier ist man meines Erachtens mustergültig vorgegangen.

Am schwierigsten ist für mich die Frage, was man dort tut, wo die Symptombekämpfung abgeschlossen ist und man die Entwicklungszusammenarbeit einleiten muss, etwas, das fast überall notwendig wäre. Man hat in Peru bei der Cholera-Epidemie medizinisch wirksam geholfen. Die eigentliche Hilfe aber muss darin bestehen, die Wasserversorgung dieses Landes wieder in stand zu setzen. Dort ist diese Nachfolgeaufgabe mit dem Kredit, den wir heute verabschieden, natürlich nicht erfasst. Hilfe muss dort in anderer Form geleistet werden.

Die Instrumente, die wir zur Verfügung haben, verdienen Beachtung. Der Delegierte für Katastrophenhilfe im Ausland, Charles Raedersdorf, ursprünglich – man darf das einmal sagen – mit Misstrauen betrachtet, hat seine Aufgabe hervorragend gelöst. Er ist ein mustergültiger Pionier im Bereiche der Friedensförderung. Er ist übrigens der einzige – auch das sei gesagt –, der unsere Forderung ernst genommen hat, Entwicklungshilfe in den Herkunftsländern der Asylanten zu betreiben – Herr Raedersdorf, dafür verdienen Sie auch einmal Dank!

In dieser Beziehung ist es dann sehr viel schwieriger beim anderen Instrument, nämlich bei den nationalen und internationalen Hilfswerken, weil naturgemäss die Kontrolle nicht leichtfällt und weil wir hier und da das Gefühl haben, es gebe Hilfswerke, die effizient arbeiteten, und andere, die nicht so geschickt seien. Es gibt auch unter den Hilfswerkvertretern politisch einäugige, die ihre Arbeit vielleicht nicht so neutral ausführen, wie wir das gerne hätten. Ich möchte niemanden pauschal verächtigen, aber ich möchte sagen, dass es sehr viel schwieriger ist, diese Organisation in Anspruch zu nehmen, sofern sie nicht national fassbar ist, sondern in den internationalen Bereich übergeht.

Wir bitten Sie, diesem Kredit zuzustimmen. Wir haben Verständnis dafür, dass ein Antrag eingereicht worden ist, von 1050 Millionen auf 880 Millionen Franken zurückzugehen. Der Bundesrat hat das zu Recht eingesehen und in seinem Budget nur 872 Millionen Franken eingesetzt. Es wird also möglich sein, diesen Rahmenkredit auf fünf oder sechs Jahre zu erstrecken.

Ich bitte Sie, hier zuzustimmen.

**Frau Bäuml:** Als Fraktionssprecherin der SP könnte ich mich eigentlich den Ausführungen des Kommissionspräsidenten anschliessen und mitteilen, dass wir dem Bundesbeschluss einhellig zustimmen und wie vor dreieinviertel Jahren auch diesmal die Arbeit der DEH und die Botschaft gebührend verdanken.

Sie zeigt auch diesmal die Notwendigkeit und die Bedingungen für einen wirksamen Einsatz der Hilfsgelder auf und reflektiert auch gewisse internationale Entwicklungen seit 1988. Neu, aber kaum von ungefähr, taucht nun darin ein interessanter Begriff auf: «Kohärenz» als Kriterium der Aussen- und Aussenwirtschaftspolitik der Schweiz. Einige Überlegungen dazu anzustellen, inwieweit die humanitäre Hilfe Ausdruck solcher Kohärenz ist, scheint mir jetzt ebenso angemessen wie unumgänglich zu sein.

Rahmenkreditdebatten und -beschlüsse sind der richtige Ort, um mittelfristig und grundsätzlicher zu einer bestimmten Staatspolitik und ihrem Entourage Stellung zu nehmen. Ich möchte dabei zuerst an die gestern beendete Budgetdebatte mit ihrer umfassenden Sparvorgabe erinnern und auch daran,

wo diese Sparvorgabe durchgesetzt wurde und wo eben nicht.

Die humanitäre Hilfe wurde davon zwar scheinbar nicht gross betroffen, allerdings mit einer bezeichnenden Ausnahme: den Umweltprogrammbeiträgen, die um 5 Millionen gekürzt wurden, und das, obwohl die Botschaft klipp und klar festhält, dass Krisen und Notstände aller Art auf geschädigte und geschwächte Umwelt zurückzuführen seien. Das ist mindestens inkonsequent. Obschon also die Jahrestanche 1992 der humanitären Hilfe wenig gerupft wurde, ändert das leider nichts daran, dass weiterhin der Spruch vom Tropfen auf den sehr heissen Stein exakt zutrifft. Genau das stellt auf die Dauer keine sehr kohärente Politik dar und müsste deshalb baldmöglichst geändert werden. Aber wie?

Geld, Kapital regiert die Welt, heute wie eh und je, heute auch wie vor drei Jahren, als wir den letzten Rahmenkredit für die Weiterführung der internationalen humanitären Hilfe diskutierten und beschlossen. Es gab schon damals kein Entrinnen aus diesem ehernen Gesetz mit seiner hässlichen Fratze: Die reichen Länder werden immer reicher und die armen immer ärmer, und vor allem in den verarmenden Ländern verarmt die Bevölkerung bis in den Mittelstand hinein und bis zum Verhungern.

Wir versuchten schon damals in der fast gleichzeitigen Debatte über die Strukturanpassungsfähigkeit des IWF, endlich der Einsicht zum Durchbruch zu verhelfen, dass die Industrieländer besser weniger nähmen, als mehr zu geben; zumindest solange dieses Geben mit Konditionen verbunden ist, die letztlich immer diejenigen zahlen, die sich am wenigsten wehren können: Kinder, Frauen und alte Menschen. Aber es war schon damals nichts zu machen: Die Souveränität der Kreditempfängerländer sei unantastbar und die humanitäre Hilfe dazu da, das Schlimmste abzufedern und zu überbrücken, was der unaufhaltsame Weltwirtschaftszirkus an sozialen Schäden hinterlasse. Das wird auch mit der diesjährigen Botschaft explizit bestätigt. Lesen Sie es auf Seite 22 unten nach! Eine sehr kohärente Politik können wir da beim besten Willen immer noch nicht finden, sondern eher eine zynische und auch anpasserische. Anpasserisch an die neue Weltordnung unter Führung der übriggebliebenen Weltmacht.

Es ist eigentlich traurig, dass unser Land mit seiner vielgerühmten humanitären Tradition anscheinend nicht die Kraft hat, das zu ändern. Ein Hoffnungszeichen für uns ist immerhin, dass beide Räte den Ruf nach einem Kohärenzleitbild für die schweizerische Nord-Süd-Politik der neunziger Jahre in verschiedenen Vorstössen überwiesen haben und dass die DEH die auch international anzuwendende Kohärenzfrage zum Schwerpunktthema 1992 machen will.

Auf die leider alte Inkohärenz der Milchpulverexportsubventionierung mit Geldern der humanitären Hilfe wollten wir eigentlich nicht weiter eingehen, denn der Bundesrat und die DEH scheinen mit dem Absatz 2 von Artikel 2 des Ständerats leben zu können und haben ja im Laufe der Jahre eine so grosse Erfahrung mit der Nahrungsmittelhilfe gewonnen, dass wir Vertrauen in sie haben können. Jedoch möchten wir Sie ermuntern, in der Richtung voranzugehen, dass ihre Programme und Projekte vermehrt Nothilfe und Präventionsmassnahmen, wie zum Beispiel Saatgutabgabe, kombinieren, wie das auf Seite 92 der Botschaft ausgeführt wird. Das ist echte und beste Hilfe zur Selbsthilfe in den Empfängerländern, die auch unserer hiesigen Landwirtschaft nur nützen kann – jedenfalls mehr nützen kann, als das der «fleischliche» Antrag des Kollegen Hari je bewirken würde, weswegen wir ihn selbstverständlich ablehnen.

Schliesslich habe ich in der Kommission den Versuch unternommen, die Frauen aus der passiven Opfer- und Zielgruppenrolle herauszuholen, die sie auch in der humanitären Hilfe zu spielen gezwungen sind. Meine Fraktionskollegin von Felten hat mir vorgeworfen, ich hätte diesen Antrag zu rasch zurückgezogen, und legt ihn deswegen hier noch einmal vor. Dieser Antrag hat auch etwas mit kohärenter Aussenpolitik zu tun, indem er unsere Schwestern in den Krisengebieten ernst nehmen und ihr grosses menschliches Potential bei den Nothilfemassnahmen zur Entfaltung bringen will. Ich bitte Sie, das beim Abstimmen zu bedenken.

Mit diesen grundsätzlichen Anmerkungen zum Rahmenkredit empfehlen wir Ihnen Annahme des Bundesbeschlusses. Wir werden seinen Vollzug wie bisher konstruktiv und kritisch mitverfolgen und uns, solange es internationale humanitäre Nothilfe eben braucht, jeder finanziellen und sonstige eigennützigen Ausdünnung derselben widersetzen.

**Frau Grendelmeier:** Herr Mühlemann hat es vorhin angedeutet: Unsere Aussenpolitik hat sich weitgehend darauf beschränkt, unsere Neutralität als relativ egoistisches Instrument einzusetzen, und unsere ganze Fragestellung beschränkte sich eigentlich seit jeher auf die einfache Formel «rende, non rende», bringt es mir etwas oder bringt es nichts? Ich möchte darauf hinweisen, dass die Schweiz immer noch eines der reichsten Länder ist, auch wenn verschiedene Kreise nun den Notstand ausrufen und das Gefühl haben, wir würden demnächst am Hungertuch nagen. Also von super-superreich auf nur noch superreich zurückgehen zu müssen, scheint mir ein erträgliches Schicksal zu sein, gemessen an dem, was wir eigentlich für die Länder, denen es jämmerlich schlecht geht, tun sollten. Es steht uns ausser jedem Zweifel zu, dass wir unsere Hilfe an die Menschen in- und ausserhalb Europas nicht nur weiterführen, sondern sogar wesentlich verstärken müssen, und zwar nicht nur, weil wir moralisch dazu verpflichtet sind, sondern weil uns diese Verpflichtung daran erinnert, dass wir keine Insel der Seligen, der sehr verwöhnten Seligen sind, sondern ein Teil dieser Welt und mit ihr unauflösbar verbunden. Diese Vernetzung wird für uns tagtäglich spürbarer, und zwar durch das Anwachsen der Flüchtlingsströme aus aller Welt.

Auch in unserem Land müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass eine Abhängigkeit besteht zwischen uns, die wir helfen sollten, und jenen, die die Hilfe bekommen sollten.

Humanitäre Hilfe müsste streng genommen noch weit über den Antrag des Bundesrates und der Kommission hinausgehen, wenn wir das Flüchtlingseiland an der Wurzel bekämpfen wollen, und das wollen wir doch, soweit ich orientiert bin, alle, auch diejenigen, die permanent und immer noch vom «vollen Boot» reden. Humanitäre Hilfe ist ein Teil jener Massnahmen, die wir ergreifen müssen, wenn wir die Menschen gar nicht erst zur Flucht veranlassen wollen, aus welchem Grund auch immer sie fliehen. Auch Wirtschaftsgründe sind Fluchtgründe, Hunger ist ein Fluchtgrund. Ich gebe zu, dass wir damit ins Gebiet der Entwicklungshilfe hineingeraten; das zeigt, dass die verschiedenen Bereiche gar nicht immer so sehr und so streng zu trennen sind. Wir haben uns in der Kommission darüber unterhalten, ob es nicht sinnvoll wäre, wenn man all diese Hilfspakete zusammen in ein grosses verschütten würde, damit gewisse Leute nicht pausenlos erschrecken, dass schon wieder geholfen werden muss. Wir haben uns dann überlegt, dass es wohl gescheiter ist, wenn man bei der Aufsplitterung in die verschiedenen Hilfssektoren bleibt.

Humanitäre Hilfe leisten wir zudem im ureigensten Interesse. Die humanitäre Hilfe gehört zu den Grundpfeilern unserer Aussenpolitik, allerdings unter der Voraussetzung, dass sie nicht kleinlich ist, sondern grosszügig – so grosszügig wie überhaupt nur möglich –, und dass sie nicht als Absatzhilfe für unsere notleidende Landwirtschaft verstanden wird. Diesen Verdacht werde ich einmal mehr auch hier nicht los. Wir bitten Sie, den Antrag Wiederkehr zu unterstützen, der exakter auf dieses Problem eingehen wird.

Was den vorliegenden Rahmenkredit betrifft, so sieht er auf den ersten Blick tatsächlich sehr viel grosszügiger aus als der letzte. So besteht auch die Versuchung, wenn man die Zahlen vergleicht, beinahe von einer Verdoppelung zu reden; dem ist natürlich nicht so. Der nun anlaufende Rahmenkredit betrug bisher 530 Millionen Franken, verteilt auf drei Jahre, und der neue, so wie er in der Vorlage steht, beträgt 1050 Millionen, aber auf vier Jahre verteilt. Wenn man das ganze auf das einzelne Jahr umrechnet, so betrug der alte Kredit etwas mehr als 176 Millionen Franken, und der neue beträgt ungefähr 250 Millionen Franken. Der durchschnittliche Aufstockungsbetrag – ich rede vom Durchschnitt – machte also lediglich etwa 74 Millionen Franken pro Jahr aus. Da darf man doch mit Fug nicht von einer übersetzten Erhöhung sprechen, gemessen

an den stets wachsenden Aufgaben, die sich uns stellen. Aber auch gemessen an dem, was andere Länder für solche und ähnliche Leistungen ausgeben, vor allem im Bereich der Entwicklungshilfe, da belegen wir alles andere als einen Spitzenplatz.

Ich begreife andererseits, wenn es skeptische Stimmen gibt bezüglich der Erhöhung der Summe für humanitäre Hilfe. Wir haben eine sehr harte Budgetdebatte hinter uns und haben versucht, unser eigenes Defizit herunterzuhandeln. Es war ein zähes Ringen um jeden einzelnen Posten, und fast alle – ich betone, fast alle – mussten Haare lassen, ausser die, die sich selber noch etwas aufs Butterbrot geschmiert haben; ich muss nicht noch nachschieben, dass es sich einmal mehr um die Landwirtschaft und um die Strassenlobby handelte.

Wenn es eine Aufgabe gibt, die zurzeit in unserem Land absolute Priorität haben muss, und zwar weil wir mit der ganzen Welt vernetzt sind, weil wir es im eigenen Interesse tun müssen, dann ist es die humanitäre Hilfe, dann ist es aber auch die Entwicklungshilfe, diese Hilfe ans Ausland also, die einigen von uns offenbar so verdächtig vorkommt. Sie erträgt keine Kürzungen. Hier geht es nicht zuletzt auch um unsere eigene Glaubwürdigkeit. Wenn wir hier kürzen, dann erwecken wir den Eindruck, die Idee zu opfern.

Die LdU/EVP-Fraktion stimmt dem Bundesbeschluss einstimmig zu und bittet Sie, dasselbe zu tun.

**Frau Segmüller:** Die humanitäre Hilfe ist nach Ansicht der CVP eines der wichtigsten aussenpolitischen Instrumente unseres Landes. Der Beitrag für das Ueberleben von Millionen Menschen hängt damit zusammen, seien es – wie es in der Botschaft heisst – von Menschen oder von der Natur verursachte Katastrophen, seien es politische Umwälzungen, bewaffnete Konflikte oder auch Strukturanpassungen im Rahmen der Reformprozesse und -programme des IWF. Wir meinen, dass zur Milderung der Uebergangsprobleme auch die humanitäre Hilfe notwendig und richtig sein kann, wenn sie – und das ist die Voraussetzung – langfristig benachteiligte Bevölkerungsgruppen in die Lage versetzt, sinnvoll wieder eine Selbsthilfe zu realisieren.

Wir erachten die Botschaft als eine sehr gute Analyse der geleisteten Hilfe und als eine Uebersicht über die komplexe Organisationsform sowohl der Entwicklungszusammenarbeit als auch insbesondere der humanitären Hilfe.

Wir sagen ein ausdrückliches Ja zur Rolle und Bedeutung der Partnerorganisationen, wie sie die DEH hier darlegt.

Mein spezielles Lob gilt dem Katastrophenhilfekorps, ist es doch ein eigentliches Aushängeschild für die praktizierte Solidarität der Schweiz. Besondere Unterstützung verdient dabei auch die Flexibilität, wie sie in der Organisationsform zwischen Katastrophenhilfekorps und technischer Entwicklungszusammenarbeit in der Botschaft dargelegt wird. Die Grundsätze unseres Einsatzes, nämlich Solidarität und humanitäre Hilfe, die nicht zu permanenter Symptombekämpfung ausarten soll, dazu kann man uneingeschränkt ja sagen. Auch die Bedeutung der Prävention, wie sie speziell jeweils in der Aufbauphase zutage tritt, bedarf der Unterstützung.

Wir befürworten ebenfalls den Uebergang zu den Vierjahreskrediten. Das ist nichts anderes als eine Angleichung an die anderen Rahmenkredite der Entwicklungszusammenarbeit. Auch die Erhöhung des Rahmenkredites wird von uns unterstützt. Alles andere wäre ein falsches Signal an das Ausland.

Ein Wort noch zum Einbezug von Osteuropa und allenfalls der UdSSR für die Leistung humanitärer Hilfe. Humanitäre Hilfe ist weltweit angelegt, und es ist ganz klar, dass bei entsprechenden Notlagen auch die osteuropäischen Länder und die UdSSR einbezogen werden; aber ebenso klar ist, dass für das Wirtschaftsreformprogramm und die Zahlungsbilanzhilfe der Osteuropakredit, den wir später behandeln werden, zum Zuge kommen muss: humanitäre Hilfe hier also wie überall nur als ergänzende Ueberbrückungshilfe.

Noch ein Wort zur vielzitierten Nahrungsmittelhilfe, speziell zu den Milchprodukten. Die CVP sagt uneingeschränkt ja zur Fassung des Ständerats; denn diese neue Formulierung erlaubt gegenüber der alten mehr Flexibilität beim Einsatz der Nahrungsmittelhilfe als bisher und garantiert doch gleichzei-



tig, dass der Anteil der schweizerischen Milchprodukte in der Grössenordnung von einem Viertel erhalten bleibt. Wichtig sind auch – wie in der Botschaft zu lesen – die Richtlinien über den Einsatz der Milchprodukte.

Nicht zustimmen können wir dem Antrag Hari zum Einsatz von Fleischprodukten. Wir erachten ihn als eine unnötige Einnengung. Es wäre auch zu teuer, von schweizerischen Produkten auszugehen. Ich mache darauf aufmerksam, dass lediglich bei den Milchprodukten die schweizerische Herkunft eine Rolle spielt. Im übrigen können Fleischprodukte sehr wohl unter dem Begriff «andere Nahrungsmittelhilfe» eingeschlossen sein. Also nochmals: Die Vorschrift, dass sie schweizerischer Herkunft sein müssen, bezieht sich nur auf die Milchprodukte. Dies scheint mir in diesem besonderen Fall gerechtfertigt: nicht nur deshalb, weil wir damit auch einem Ueberschuss in unserer Landwirtschaft einen Absatz sichern, sondern vor allem deshalb, weil Milchprodukte gerade wegen ihrer Kostbarkeit und wegen der Kosten des Transportes nicht beliebig eingesetzt werden, sondern wirklich dort, wo sie fast im Sinne eines Medikamentes eine ganz besondere Notwendigkeit und Bedeutung haben und immer haben werden.

Gerade die Flexibilität der Organisation der humanitären Hilfe, die Flexibilität, die das Katastrophenhilfekorps und die DEH haben, garantiert, dass die Hilfe im Sinne der Richtlinien zweckmässig und heilsam eingesetzt wird. Dazu sagen wir uneingeschränkt ja.

Den Antrag von Frau von Felten müssen wir ablehnen, denn das würde wieder die notwendige Flexibilität einschränken, um so mehr als leider aufgrund der Tatsache, dass Frauen die Hauptleidtragenden bei Katastrophen sind, der Hauptteil der Hilfe ohnehin den Frauen und Kindern zugute kommt. Das Anliegen verstehe ich wohl, aber eine spezielle Erwähnung in einem Antrag wäre fehl am Platz.

Die CVP-Fraktion sagt somit uneingeschränkt ja zur Vorlage in der Form, wie sie aus dem Ständerat kommt, und nein zu allen Abänderungsanträgen. Die in der Vorlage garantierte Flexibilität ist das wichtigste Instrument zur Verwirklichung der vielzitierten Kohärenz unserer Hilfe.

**Frey Walter:** Auch die SVP-Fraktion bekennt sich zur internationalen humanitären Hilfe, und zwar vollumfänglich als Beitrag zur internationalen Solidarität. Wir diskutieren heute einen Rahmenkredit. Wenn man einen Rahmenkredit bespricht, hängt viel davon ab, ob man Vertrauen zu den Institutionen hat, die diesen Rahmenkredit dann auch ausgeben. In unserer Kommissionsarbeit durften wir mit Freude feststellen, dass die Teams um Botschafter Staehelin, aber auch um den Chef des Katastrophenhilfekorps, Herrn Raedersdorf, eine ausgesprochen gute und zielgerichtete Arbeit leisten. In dieser Hinsicht haben wir keinerlei Anlass, den Rahmenkredit zu beschränken.

Auf der anderen Seite muss ich Ihnen sagen, dass in der SVP-Fraktion die Höhe des geforderten Betrags von 1050 Millionen Schweizerfranken Anlass zur Diskussion gegeben hat. Unsere Kollegin Frau Grendelmeier hat es vorhin vorgerechnet: Bis heute hatten wir einen Kredit über drei Jahre von 530 Millionen Schweizerfranken, was *per annum* rund 176 Millionen Schweizerfranken entspricht. Neu 1050 Millionen Franken auf vier Jahre, das macht 262 Millionen Schweizerfranken pro Jahr, eine Steigerung von Jahr zu Jahr um 86 Millionen Schweizerfranken oder um 48 Prozent. Ich erinnere Sie daran, dass wir gestern in bezug auf die finanzpolitischen Konsequenzen einer Steigerung von 26 Prozent bei den Investitionen für den Strassenbau in der Schweiz bereits Alarm geschlagen und gesagt haben, so gehe das nicht. Trotz der 48 Prozent von Jahr zu Jahr verdienen es die betroffenen und geplanten Massnahmen jedoch, dass ein weiterer Rahmen gesteckt wird. Wir hoffen allerdings, dass er nicht unbedingt ausgenützt werden muss. Es war für uns beruhigend festzustellen, dass im Budget 1992 nur mit einem Betrag von 218 Millionen Schweizerfranken gerechnet wird, dass man hier eine Reserve eingeplant hat. Dies spricht für die vorsichtige und gute Planung der Behörden, die mit diesem Rahmenkredit beauftragt werden.

Ich möchte noch anmerken: Man behauptet immer, die sogenannte reiche Schweiz stünde am Schwanz aller Länder, wenn es um Entwicklungshilfe gehe. Dies ist definitiv nicht mehr der

Fall. 1990 haben wir 0,31 Prozent unseres Bruttosozialprodukts für die Entwicklungshilfe ausgegeben. Mit den jetzigen Rahmenkrediten, mit den zusätzlichen Botschaften, die kommen, werden wir ohne weiteres auf die geforderten Mittelwerte von 0,36 Prozent kommen. Andere Länder liegen deutlich hinter der Schweiz: Oesterreich, das auch nicht das ärmste Land ist, mit 0,25 Prozent; die Vereinigten Staaten, die auch noch als reiches Land gelten, mit 0,21 Prozent.

Die SVP-Fraktion stimmt dem beantragten Rahmenkredit von 1050 Millionen Franken einstimmig zu. Sie lehnt die Anträge mit Ausnahme des Antrages Hari ab und bittet Sie, das gleiche zu tun.

**Dreher:** Als Sprecher der Fraktion der Auto-Partei signalisiere ich zu dieser Vorlage lustlose Zustimmung. Sie kennen die Finanzlage des Bundes. Sie ist miserabel. Sie sehen erneut, dass man mit der grossen Kelle anrichtet. Einzig und allein der Umstand, dass es um humanitäre Hilfe geht, Hilfe bei Katastrophenschäden, Hilfe bei Naturkatastrophen, veranlasst uns, zuzustimmen.

Wir haben Mühe mit der Argumentation, dass dank dieser humanitären Hilfe das Asylproblem gelöst werden könne. Es wäre soweit ein origineller Gedanke, von den 786 Millionen Franken, die uns das Asylantenunwesen 1992 kosten wird, 97 Prozent zu Lasten dieser Vorlage zu verrechnen. Offensichtlich sehen ja gewisse Referenten hier einen engen Zusammenhang.

Den Antrag von Felten lehnen wir ab. Es geht natürlich nicht an, nun auch noch in der humanitären Hilfe sexistische Kriterien einzuführen. Das würde langsam den Rahmen des Normalen sprengen.

Wir möchten ein Schwergewicht in Osteuropa sehen. Osteuropa gehört zu unserem Kontinent. Osteuropa ist, was die Migrationsströme betrifft, wesentlich näher bei uns als die exotischen Länder, aus denen wir jedermann hereinlassen, der behauptet, er sei ein Flüchtling. Wir haben also hier ein gravierendes Problem, das auf uns zukommen kann, weshalb wir klar fordern, dass von diesen 1050 Millionen Franken ein sehr grosser Teil für Hilfe in Osteuropa und insbesondere im Winter 1991/1992 eingesetzt wird.

Anschliessend hätte ich noch eine Frage an Herrn Bundesrat Felber. Auf Seite 4 der Botschaft steht: «Umweltschäden werden zum Auslöser von zahlreichen Katastrophen, die sich in immer kürzerer Zeit wiederholen.» Ich bin überzeugt, Herr Bundesrat Felber, dass Sie Hunderte von Beispielen haben, um eine solche Aussage abzustützen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir heute fünf solche Katastrophen nennen würden.

**Bundi, Berichterstatter:** Nach den Ausführungen der Fraktionssprecher möchte ich nur noch auf einen Punkt eintreten, der in mehreren Voten berührt worden ist, nämlich auf die finanzpolitische Seite dieser Vorlage.

Herr Steffen hat gesagt, man möge begründen, warum sich die Kommission in ihren Verhandlungen nicht genügend mit dieser Seite der Vorlage auseinandergesetzt habe. Herr Steffen, ich habe in meinem Einführungsreferat sehr ausführlich und genau zu diesem Aspekt der Vorlage Stellung genommen. Da aber verschiedene Redner ähnlich reagierten, möchte ich die Gelegenheit ergreifen, um nochmals auf einige wichtige Punkte hinzuweisen.

Einmal muss festgehalten werden, dass das, was ursprünglich in der Budgetbotschaft geschrieben stand, den heutigen Tatsachen bereits nicht mehr entspricht. Wenn dort geschrieben war, dass das Ausgabenwachstum im gesamten EDA 5,8 Prozent betrage, so ist das schon längstens nicht mehr so. Diese Prozentzahl ist aufgrund der Kürzungen, die sowohl bereits departementsintern als auch während unserer Budgetdebatte erfolgten, bedeutend tiefer. Insbesondere in der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe musste man zweimal über die Bücher gehen, zweimal gegenüber den ursprünglichen Planzahlen einsparen. So haben wir im Bereich der DEH heute nurmehr ein Wachstum von 3,6 Prozent zu verzeichnen.

Das ist sogar ein Wachstum unterhalb der Teuerungsrate.

Ich habe auch ausgeführt, dass in der Budgetrubrik «humanitäre Hilfe» Positionen sind, die mit diesem Rahmenkredit nichts zu tun haben. In der Gesamtsumme von 541 Millionen Franken figurieren zum Beispiel 55 Millionen als Beitrag an das Rote Kreuz. Das ist ein Beitrag, der aufgrund eines anderen Bundesbeschlusses ausgerichtet wird. Es figuriert dort auch eine Position «Umweltprogramme» von zirka 20 Millionen Franken, eine Position, die grundsätzlich am falschen Ort untergebracht worden ist. Das ist eine Sache, die noch korrigiert wird.

Ich muss ferner darauf hinweisen, dass im Rahmenkredit auch eine Reserve von 134 Millionen Franken für diese mindestens vier Jahre enthalten ist. Diese Reserve ist ein Bestandteil des Rahmenkredits. Sie darf aber darf ohne einen speziellen Bundesratsbeschluss und ohne die Genehmigung des Parlaments nicht in Anspruch genommen werden, es sei denn, es wäre möglich, die Beträge, die man davon beansprucht, innerhalb der Verwaltung zu kompensieren.

Zum Schluss muss ich sagen, dass nach Abzug all dieser Posten vom eigentlichen Betrag, d. h. vom Durchschnittsbetrag – Herr Walter Frey hat die Durchschnittsrechnung gemacht, hat aber anerkannt, dass der effektive Betrag um einiges tiefer liegt –, für 1992 zu Lasten des Rahmenkredits noch Ausgaben in der Höhe von 165 Millionen Franken verbleiben. Wir haben unsere finanzpolitische Verantwortung durchaus wahrgenommen und sind zum Schluss gekommen, dass wir zu dieser Vorlage hundertprozentig stehen können. Ich erinnere noch einmal daran: Sie spricht von mindestens vier Jahren, und es ist ohne weiteres denkbar, dass dieser Rahmenkredit für viereinhalb oder fünf Jahre ausreicht.

**M. Rohrbasser**, rapporteur: L'idéal en ce qui concerne l'aide humanitaire serait bien entendu qu'il n'y ait plus d'aide humanitaire, ce qui signifierait que tous les problèmes inhérents à la misère du monde soient résolus. Nous n'en sommes pas encore là et vous vous en êtes aperçus. Ce n'est pas la veille que nous pourrions, en cette matière, nous reposer sur nos lauriers. Je ne vais pas entrer dans les considérations financières. Je pense que vous les avez comprises. Les explications de M. Bundi vous auront convaincus.

Nous prenons note avec satisfaction que l'ensemble des orateurs approuve le crédit de 1050 millions de francs qui vous est soumis. Bien entendu, nous avons fait en commission les mêmes constatations que vous. La situation conjoncturelle est difficile, on l'a vu dans le train des dépenses budgétaires. «Vendre» de l'aide humanitaire par les temps qui courent n'est pas une chose aisée.

Pourtant, il y a des satisfactions qu'il s'agit de dégager. Tout particulièrement, il faut insister – et M. Eggly a raison d'y faire allusion – sur la qualité de l'aide humanitaire. Celle-ci est à mettre sur le mérite des services qui ont bien compris – j'espère également que vous, dans les travées, vous le comprenez – que l'aide humanitaire n'a plus rien du réflexe de la dame de charité, de la dame patronnesse consistant à dispenser ou à saupoudrer sa générosité. De même, il faut, vis-à-vis de l'aide humanitaire, éviter par trop de la cadrer, c'est-à-dire qu'il faut faire attention de ne pas donner d'une main et reprendre de l'autre ni fixer de quotas, car elle ne se fait pas à coups d'imperatifs.

Si nous pouvions livrer certains produits ou les exporter vers des pays où la misère sévit, on peut très bien comprendre que cela arrangerait certaines bases d'économie intérieure. C'est un processus assez artificiel; c'est un processus qui, à la longue, pourrait devenir dangereux. Il reste néanmoins – et cela a été dit par certains – que, s'agissant du lait en poudre par exemple, rien n'empêcherait que ce crédit soit entièrement utilisé aux effets auxquels il est dévolu. En ce qui concerne le problème des femmes, on en parlera tout à l'heure. Les programmes étant globaux, je ne vois pas comment on pourrait en détacher certains, si ce n'est des programmes de coopération. Mais là encore, il faut être prudent parce que l'on touche aux moeurs des femmes des pays sous-développés et il faut donc faire attention de ne pas trop perturber dans ce domaine. Nous nous souvenons du temps des «missionnaires», de cette épo-

que du colonialisme que nous n'aimerions pas revivre. La puissance de la pensée propre au colonialisme imposée à certains peuples n'a jamais prévalu et n'a jamais rien donné de bon.

Quant au problème des réfugiés – l'Afrique en compte 15 millions – il provoque quelque souci et c'est le rôle prioritaire de l'aide humanitaire d'aider justement ces personnes et de leur donner l'alimentation nécessaire. C'est une question de survie. Voilà donc en ce qui concerne les quelques remarques que vous avez pu apporter.

Les priorités en ce qui concerne l'aide humanitaire ont tendance à s'inverser. S'il y a 20 ou 30 ans nous ne parlions chez nous pas de l'aide humanitaire sur le plan écologique, nous voyons maintenant que des problèmes en la matière surgissent sur l'ensemble de la planète. C'est peut-être spécialement par ces problèmes-là – nous aurons l'occasion d'en discuter lors de l'aide dont vous serez amenés à décider en ce qui concerne les pays de l'Europe centrale ou orientale – que l'on devrait commencer, par des problèmes structurels, faute de quoi nous risquerions de mettre la charrue devant les boeufs, car ce sont de telles erreurs qui, par le passé, ont fait que l'aide humanitaire était mal vue aussi bien par ceux qui l'accordaient que par ceux qui la recevaient.

**M. Felber**, conseiller fédéral: La survie de millions d'êtres humains dans le monde entier dépend de l'aide humanitaire des pays les plus riches. Nous vous remercions donc, au nom du Conseil fédéral, d'accepter d'entrer en matière et, à une très large majorité, de soutenir nos propositions.

La faim, la misère, les conflits armés qui durent depuis longtemps et ceux qui ont récemment éclaté, tout cela menace l'existence d'innombrables hommes, femmes et enfants, avant tout dans les pays en développement. S'y ajoutent les conséquences des dégâts infligés à l'environnement, par ceux qui en sont les premières victimes d'ailleurs, les catastrophes naturelles et celles causées par l'homme. Le nombre de réfugiés, de personnes déplacées et de migrants s'accroît sans cesse. Les bouleversements économiques et politiques dans nombre de pays, dont ceux d'Europe centrale et de l'Est, rendent beaucoup plus difficile la vie des personnes appartenant aux groupes les plus défavorisés.

L'aide humanitaire de la Confédération peut, avec les moyens et les instruments à sa disposition, contribuer à sauver des vies humaines et à soulager des souffrances. Pour réaliser cette tâche, les Chambres fédérales votent régulièrement des crédits de programme destinés à l'aide humanitaire internationale. Le crédit actuellement utilisé, de 530 millions de francs, que vous aviez autorisé en novembre 1988, sera épuisé d'ici le printemps prochain. C'est la raison pour laquelle nous vous proposons aujourd'hui l'octroi d'un nouveau crédit de programme d'un montant total de 1050 millions de francs. Pour la première fois, nous vous proposons que la durée de ce crédit soit de quatre ans au minimum – au lieu de trois ans comme actuellement. Cela correspond à la solution que vous avez adoptée l'année dernière pour le crédit de programme relatif à la coopération technique. Le nouveau crédit entrera en vigueur le 1er mars 1992.

Le montant que le Conseil fédéral vous propose vous a semblé élevé, voire trop élevé. Pour la première fois, il dépasse en effet un milliard de francs. Plusieurs d'entre vous se sont demandé pourquoi, dans une période où les finances fédérales connaissent des difficultés, nous préconisons un montant considérablement plus élevé que le dernier crédit de programme.

Je vous rappelle donc brièvement la relation existant entre le crédit de programme et les moyens budgétaires que vous mettez chaque année à la disposition du Conseil fédéral. Le montant du crédit global a été calculé sur la base du plan financier en vigueur au moment de la rédaction du message, soit au mois d'avril 1991. Seule exception: la réserve de 134 millions dont a parlé tout à l'heure le président de la commission. Cette réserve ne figure pas dans le plan financier; si elle devait être utilisée, elle serait compensée. Le montant total du crédit de programme couvre une période de quatre ans au

moins. Il exprime l'importance que le Conseil fédéral attribue à l'aide humanitaire en tant que volet notable de notre aide publique au développement et de notre politique étrangère. Cette importance reste inchangée, même si les difficultés financières de la Confédération doivent exiger, ces prochaines années, des réductions budgétaires dans le domaine de l'aide humanitaire. De telles réductions effectuées dans le budget signifieraient que la durée du crédit de programme serait simplement prolongée.

Il n'est donc pas nécessaire – et je réponds à la première question de M. Steffen – de dire: «on prolonge», car si l'on réduit ce montant dans chaque budget annuel, automatiquement, le crédit inutilisé voit sa durée prolongée.

Le budget de l'aide pour 1992 prévoit déjà des réductions non négligeables. Le montant total des dépenses prévues à la charge du crédit de programme est considérablement plus bas que celui que nous prévoyons dans le message. Face aux situations de détresse extrême qui existent, ces sommes ne nous permettent évidemment qu'une contribution modeste aux efforts se réalisant sur le plan international. Cela nous oblige à une sélection rigoureuse des actions d'aide à appuyer. Nous devons intervenir en priorité là où la détresse est la plus aiguë. Il faut donc en premier lieu se concentrer sur des situations où la survie même des personnes est en jeu; en deuxième lieu intervenir dans des situations où une aide limitée, mais bien conçue, peut mettre rapidement une population en mesure de subvenir à ses propres besoins.

Afin d'être efficace, l'aide humanitaire doit être ciblée. Les groupes auxquels elle est destinée doivent être clairement définis, leurs besoins spécifiques identifiés. En outre, nous nous efforçons d'adopter un comportement anticyclique, en apportant l'aide là où d'autres en fournissent peu ou pas du tout, en dépit des besoins évidents. Il suffit de penser aux nombreuses situations de détresse en dehors des feux de l'actualité pour se rendre compte de l'importance d'une telle approche.

Cela me permet d'ajouter – et c'est ma réponse à la deuxième question de M. Steffen – que notre aide humanitaire est constamment vérifiée par un système de «controlling» permanent. Avant de l'engager, nous envoyons régulièrement des missions de supervision et d'analyse qui sont souvent le fait du Corps suisse pour l'aide en cas de catastrophes qui rapporte des renseignements, détermine les besoins exacts et les moyens à utiliser, ainsi que les moyens de contrôler l'utilisation de notre aide. Et nous faisons, au fur et à mesure du déroulement de cette aide, des évaluations systématiques. L'aide humanitaire n'a ni les moyens ni le pouvoir de résoudre les problèmes qui sont à l'origine des situations qui la rendent nécessaire. Ce sont des problèmes de développement, en partie, qui doivent être résolus avec l'appui de la coopération au développement. La plupart des orateurs ont d'ailleurs relevé ce lien évident entre l'aide humanitaire et la politique de coopération au développement. D'autres besoins sont de nature politique ou économique, d'autres encore sont la conséquence des violations des droits de l'homme les plus élémentaires. Une cohérence accrue, non seulement entre l'aide humanitaire et la coopération au développement mais encore entre tous les différents instruments de politique extérieure et de politique économique extérieure dont dispose le Conseil fédéral, est donc indispensable. Il faut éviter que l'aide humanitaire ne représente un palliatif permanent dans les situations qui doivent et qui peuvent être résolues autrement. C'est pourquoi le Conseil fédéral estime qu'un engagement plus net s'impose sur le plan politique, dans le domaine des droits de l'homme et en faveur de relations économiques plus équilibrées au plan mondial.

Dans notre précédent message sur la continuation de l'aide humanitaire internationale, nous avons introduit une réorientation de l'aide humanitaire et en particulier de l'aide alimentaire. Cette réorientation avait un but multiple: une aide humanitaire axée en priorité sur les besoins réels et déterminés des populations bénéficiaires, qui ne soit pas fonction uniquement des excédents de production de notre pays; l'amélioration de la qualité de cette aide et de son impact; et enfin, l'établissement d'un lien plus étroit entre aide humanitaire et coopération au développement. Il s'agit d'un processus à long terme.

Le présent message s'insère dans ce contexte et en constitue la deuxième étape.

Nous disposons, comme vous l'avez relevé, de deux instruments que nous pouvons utiliser séparément ou conjointement, à savoir le Corps suisse pour l'aide en cas de catastrophes, d'une part, et l'aide humanitaire et alimentaire, d'autre part. Le Corps suisse réalise lui-même des actions d'aide et dispose de son propre personnel pour ce faire. Grâce à sa structure particulière, il est en mesure d'agir très rapidement. L'aide humanitaire et alimentaire intervient en appuyant des projets et des programmes d'oeuvres d'entraide suisses et d'organisations internationales. Cet appui peut prendre la forme de contributions financières ou d'aide alimentaire.

Il existe cependant des situations où nous ne pouvons pas apporter notre aide directement ou par le canal de nos partenaires habituels. Une plus grande ouverture à l'égard d'autres partenaires, en particulier d'organisations non gouvernementales locales et de certaines institutions étatiques, s'imposera donc à l'avenir. En même temps, un engagement politique et diplomatique accru de notre part sera nécessaire, lorsque l'accès aux personnes dans la détresse est rendu difficile, voire impossible, en raison de considérations politiques ou militaires.

Enfin, je voudrais ajouter que le Conseil fédéral est très conscient du fait que, devant l'immensité de la tâche, les efforts d'un petit pays comme la Suisse en matière d'aide humanitaire peuvent apparaître comme une goutte d'eau. C'est pourquoi il nous semble d'autant plus important que notre aide soit de qualité, que ses priorités soient claires, qu'elle réponde aux besoins identifiés, qu'elle soit bien ciblée, rapide et efficace et qu'elle ait un impact durable. De cette façon, elle pourra avoir des effets qui dépasseront les limites que lui impose son modeste volume.

Si vous me le permettez, je répondrai encore aux quelques questions particulières qui ont été posées par les différents porte-parole des groupes. Je crois que j'ai déjà répondu aux questions de M. Steffen sur le contrôle, la durée du crédit et les moyens financiers à notre disposition. Les questions posées par M. Eggly, au nom du groupe libéral, étaient très précises, notamment lorsqu'il demande s'il est raisonnable de suivre la version du Conseil des Etats en ce qui concerne la lettre d de l'article 2 de l'arrêté fédéral. Je réponds clairement oui, nous vous recommandons de le faire. Cette version nous laisse à nous, Conseil fédéral, au Département des affaires étrangères et à la Direction de l'aide humanitaire et de l'aide au développement suffisamment de souplesse. Le quart du crédit ainsi proposé représente, à quelques millions près, ce qui était prévu, de toute manière, dans notre plan d'utilisation du crédit. Votre deuxième question, Monsieur Eggly, très précise également, concernait le SIDA. C'est en effet un domaine où la coopération au développement d'abord et l'aide humanitaire au niveau médical ensuite doivent intervenir, et nous intervenons notamment dans les programmes de santé de base ainsi que dans la prévention. L'aide humanitaire est donc bel et bien engagée contre le SIDA dans les pays qui sont ravagés par cette maladie. Nous agissons également grâce à nos contributions à de grandes organisations internationales comme l'UNICEF et l'Organisation mondiale de la santé, qui sont plus particulièrement chargées de ces problèmes. Voilà la réponse à cette question particulière que nous tenions à donner.

Je crois avoir ainsi répondu à toutes les questions. Reste encore celle de M. Dreher, qui soulevait deux problèmes. Le premier concerne l'aide aux réfugiés. Il est évident que nous obtenons, grâce à notre aide humanitaire, la fixation dans les pays de premier accueil de plusieurs centaines de milliers de réfugiés, de populations migrantes, en particulier dans le continent africain. Mais vous avez pu mesurer également cet effet lors de la crise du Golfe, où des centaines de milliers de réfugiés ont pu être entretenus, sauvés et alimentés en Jordanie ou même dans le désert jordanien grâce à l'aide humanitaire. La question que vous posiez encore était celle des catastrophes dues à l'environnement qui engagent l'aide humanitaire. Il y a des catastrophes dues aux travaux créés par l'homme, c'est le cas de Tchernobyl; il y a les catastrophes dues au dessèchement dans le Golfe arabe; il y a des catastrophes

dues à des accidents dans des entreprises de produits chimiques, Bhopal en Inde, il y a des catastrophes environnementales, naturelles celles-là, qui sont dues à des inondations qui proviennent très souvent des déboisements excessifs auxquels les populations de la région ont procédé, c'est le cas du Soudan, c'est le cas de l'Ethiopie, c'est le cas du Bangladesh, inondé parce que son pays voisin, le Népal, a procédé à des déboisements trop importants; c'est la sécheresse du Sahel qui entraîne encore davantage le déboisement des régions sahéliennes; c'est évidemment la guerre civile en Yougoslavie, actuellement; c'est en Ethiopie, encore une fois – je l'ai déjà dit – la sécheresse due aux principaux événements qui ont suivi des déboisements massifs. Nous savons pourtant que ces déboisements servent à la cuisson traditionnelle des aliments nécessaires à ses habitants, mais nous devons intervenir pour gérer mieux ces richesses naturelles que sont les forêts et surtout les forêts dans le sud de notre planète.

Nous vous remercions d'entrer en matière et, au nom du Conseil fédéral, nous vous demandons de suivre les propositions de la majorité de la commission et de refuser les différentes propositions de modifications qui nous ont été soumises.

*Entreten wird ohne Gegenantrag beschlossen  
Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière*

*Detailberatung – Discussion par articles*

#### **Titel und Ingress, Art. 1**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

#### **Titre et préambule, art. 1**

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté*

#### **Art. 2**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Antrag von Felten*

*Abs. 1 Bst. a*

a. .... angeordnet werden. Es sind insbesondere Organisationen und Hilfswerke zu berücksichtigen, die Projekte und Programme durchführen oder unterstützen, in denen Frauen gleichberechtigt bei Entscheidungen und bei der Übernahme von Verantwortung einbezogen sind.

*Antrag Wiederkehr*

*Abs. 1 Bst. c*

c. Nahrungsmittelhilfe.

*Abs. 1 Bst. d*

Streichen

*Antrag Hari*

*Abs. 1 Bst. d*

d. .... oder Getreideprodukten und von Fleisch.

#### **Art. 2**

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Proposition von Felten*

*Al. 1 let. a*

a. .... décidées par le Conseil fédéral. Il y aura lieu, ce faisant, de privilégier les organisations et les oeuvres d'entraide qui réalisent ou soutiennent des programmes où les femmes ont pleinement part aux décisions et aux responsabilités.

*Proposition Wiederkehr*

*Al. 1 let. c*

c. L'aide alimentaire.

*Al. 1 let. d*

Biffer

*Proposition Hari*

*Al. 1 let. d*

d. .... ou de produits céréaliers et de viande.

*Abs. 1 Bst. a – Al. 1 let. a*

**Frau von Felten:** Ich beantrage, Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a insofern zu präzisieren, als Beiträge in bar oder Sachwerten insbesondere solchen Organisationen und Hilfswerken gewährt werden, die Projekte oder Programme unter gleichberechtigtem Einbezug von Frauen durchführen oder unterstützen. Der Wortlaut der beantragten Ergänzung liegt vor Ihnen.

Gemäss Botschaft soll die humanitäre Hilfe dort zum Tragen kommen, wo die Not am grössten ist. Die überlebenswichtigen Bedürfnisse hätten dabei Priorität. Mit dieser Zielsetzung wird klar, dass Adressatinnen von humanitärer Hilfe überwiegend Frauen sind. Frauen sind es, bei denen die Not am grössten ist, und es sind wiederum Frauen, die für die Deckung der überlebenswichtigen Bedürfnisse der Gemeinschaft weltweit verantwortlich sind. Diese doppelte Betroffenheit möchte ich näher erläutern. Frauen sind weit stärker von Notlagen betroffen als Männer in der gleichen Bevölkerungsgruppe. Dies ist allgemein bekannt und mit Zahlen belegt. Es ist sehr wichtig, dass ihnen ausreichend Hilfe zukommt. Das Bild der Frau als Hilfeempfängerin entspricht einer bedrückenden Realität. Sie sind mit ihren Kindern zusammen zahlenmässig die am stärksten betroffenen Opfer von Umweltkatastrophen, wirtschaftlichen Krisen, Krieg und Hunger. Aber an diesem Punkt darf die Analyse nicht stehenbleiben. Frauen sind nicht nur Opfer, nicht nur eine Zielgruppe der humanitären Hilfe. In unserer nach Geschlechtern arbeitsteiligen Welt tragen Frauen die Verantwortung für die Deckung der lebenswichtigen Grundbedürfnisse. Sie sind überwiegend für die Nahrungsbeschaffung und -zubereitung, für die Gesundheitspflege und -vorsorge und für die Betreuung von Kindern, Betagten, Kranken und Behinderten zuständig. Der Gegenstand der humanitären Hilfe, nämlich die Ueberlebenshilfe, fällt gänzlich in den Zuständigkeitsbereich der Frauen. Obwohl ihre Leistung für die Gemeinschaft von solch zentraler Bedeutung ist, sind Frauen weitgehend von den Entscheidungsprozessen ausgeschlossen. Dort, wo Männer wegen Krieg oder Umweltzerstörung in die Städte oder ins Ausland abwandern, nimmt die Arbeitslast der Frauen entsprechend zu, ohne entsprechenden Zuwachs an Rechten, Einfluss oder Chancen. Die aktive Rolle der Frauen ist bislang unterschätzt und/oder verschwiegen worden. Ich erachte es als einen schwerwiegenden Mangel, dass die vorliegende Botschaft diesen Aspekt mit keinem Wort erwähnt. Hier knüpft mein Antrag an. Es geht nicht um einen kolonialistischen Eingriff, wie etwa gesagt wurde. Es geht in meinem Antrag darum, Frauen in eine Position zu versetzen, die es ihnen ermöglicht, das zu erreichen, was sie erreichen wollen. Hilfe zur Selbsthilfe gilt nicht nur für Männer, das gilt auch für Frauen.

Frauen müssen als aktive Partnerinnen bei der Durchführung von humanitären Hilfsmassnahmen einbezogen werden. Deshalb sollen jene Organisationen und Hilfswerke vorrangig berücksichtigt werden, die Programme und Projekte durchführen, in denen Frauen gleichberechtigt entscheiden und Verantwortung übernehmen können.

Der Einbezug der Frauen als aktive Partnerinnen gewährleistet zudem, dass Hilfsmassnahmen frauengerecht geplant und durchgeführt werden – zum Nutzen aller, besonders in Notsituationen. Die Stärkung der Position der Frau, indem sie als gleichwertige Partnerin einbezogen wird, ist Voraussetzung dafür, dass die Situation der Frauen insgesamt verbessert werden kann, auch in Notlagen.

Im Bericht der interdepartementalen Arbeitsgruppe betreffend Folgearbeiten zur Uno-Weltfrauenkonferenz in Nairobi wird festgehalten, dass die konkrete Berücksichtigung der spezifischen Situation der Frauen den für Hilfsmassnahmen zuständigen Stellen aus verschiedenen Gründen Schwierigkeiten bereitet. Eine explizite Erwähnung der Frauen im Beschluss ist Voraussetzung dafür, dass die Frauen angemessen einbezogen werden.

Gemäss Botschaft wird über 90 Prozent des Projektvolumens der humanitären Hilfe des Bundes über Partnerorganisationen abgewickelt. Angesichts der knappen Mittel ist die sorgfältige Auswahl dieser Organisationen von entscheidender Bedeutung. Mit der von mir vorgeschlagenen Präzisierung ist gewährleistet, dass der Erfolg der Hilfsmassnahmen erhöht wird. Denn bei den Frauen liegt weltweit die Sachkompetenz für die Sicherung der überlebenswichtigen Belange. Frauen haben dies weltweit immer wieder bewiesen und haben mit grosser Energie und Phantasie Ueberlebensstrategien entwickelt, die der Gesamtgesellschaft zugute gekommen sind. Ich bitte Sie, meinem Antrag zuzustimmen. Im Gegensatz zu Frau Segmüller bin ich der Auffassung, dass der Einbezug der Frauen auf der aktiven Seite der humanitären Hilfe zu einer Ausweitung der bisherigen Möglichkeiten führt. Die Anerkennung der Leistungen und Fähigkeiten der Frauen ist ein erster Schritt zur Aufhebung ihrer Diskriminierung. Ich bitte Sie, meinem Antrag zuzustimmen.

**Keller Rudolf:** Ich gehe davon aus, dass mit dem vorliegenden Bundesbeschluss humanitäre Hilfe für Männer und Frauen, für Kinder und Jugendliche geleistet werden soll. Der Antrag von Frau von Felten entspringt einem elitären, ja überheblichen Denken. Offensichtlich will die Antragstellerin Forderungen in diesen Bundesbeschluss verpacken, die mit einer Denkwelt verbunden sind, wie sie bei uns teilweise besteht oder zumindest angestrebt wird. Aber woher nimmt die Antragstellerin in ihrer Ueberheblichkeit das Recht, unsere sozialen und gesellschaftlichen Normen und Wünsche auch in diese Empfängerländer zu tragen? Es ist doch nicht unsere Aufgabe, auf der Basis des vorliegenden Bundesbeschlusses in den betroffenen Ländern Gesellschaftspolitik zu betreiben! Ziel des Bundesbeschlusses ist es zu helfen, und zwar in vielen Fällen rasch und unkompliziert zu helfen. Da sind Auflagen wie diejenige, die hier jetzt verlangt sind, völlig unmöglich und auch unpraktikabel. Geschlechterkampf mag ja in manchen Fällen etwas Gutes sein, und manchmal ist es – das gebe ich auch zu – durchaus notwendig, gewisse Forderungen zu stellen. Dieser weltfremde Antrag geht uns aber zu weit. Lehnen Sie diesen Antrag bitte ab. Wir sollten Feminismus nicht auf dem Rücken der Aermsten austragen.

**Frau Misteli:** Ich kann mich kurz fassen: Ich möchte den Antrag von Felten unterstützen. Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in Drittweltländern ist noch viel ausgeprägter als hier. Damit habe ich gesagt, dass es sie hier auch noch gibt. Insbesondere in Notsituationen sind es die Frauen, welche zurückbleiben und die Verantwortung für das Ueberleben, für Kinder und alte Leute übernehmen. Ich habe das während mehreren Jahren selbst miterlebt. Einer der Gründe dafür, dass diese Programme vielfach scheitern, ist genau, dass europäische Männer in diese Länder gehen und nicht sehen, dass die Frauen diese Verantwortung haben. Ich möchte Ihnen wirklich empfehlen, diese verstärkte Zusammenarbeit unserer humanitären Hilfe mit Frauen zu unterstützen. Damit würden Sie die Qualität, die Effizienz und die Nachhaltigkeit unserer Programme, was so die Schlagworte einer guten humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit sind, unterstützen. Ich möchte Ihnen auch sagen, dass es inzwischen mehrere Programme von anderen europäischen Ländern gibt, die dieses Kriterium explizit erwähnen. Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag zu unterstützen.

**Bundi, Berichterstatter:** Die Kommission hatte sich mit einem ähnlich gelagerten Antrag zu befassen; es war der Antrag von Kollegin Bäumlín. Nach ausgiebiger Aussprache in der Kommission kam Frau Bäumlín zum Schluss, diesen Antrag zurückzuziehen. Wir haben Verständnis, dass dieses besondere Frauenanliegen hier noch einmal mit einem Antrag eingebracht wird und durch eine Diskussion eine spezielle Bedeutung erhalten soll. Namens der Kommission muss ich aber doch bitten, diesen Antrag abzulehnen, und zwar aus folgenden Gründen: Wir sind der Auffassung, dass das Gesetz über Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe grundsätzlich alle ein-

schliesst, auch die Frauen, und dass es deshalb nicht nötig ist, dass man hier eine besondere Kategorie speziell erwähnt. Die Botschaft weist darauf hin, welches die wichtigsten Zielgruppen sind. Da werden als erste Zielgruppe die von Hunger und chronischer Unterernährung Betroffenen genannt, als zweite Zielgruppe sind Flüchtlinge und Vertriebene bei bewaffneten Konflikten erwähnt und in der dritten Zielgruppe die sozialen Schichten, welche im Gefolge der wirtschaftlichen Strukturanpassungen besonders betroffen sind. Es wird im weiteren auch noch auf Behinderte hingewiesen. Wenn man wirklich allen gerecht werden wollte, müsste man in Konsequenz dieses Antrags auch die Kinder, die alten Leute und die Behinderten erwähnen.

In der Botschaft wird auch explizit gesagt, dass im Zusammenhang mit Ernährungsprojekten besondere Schulungsprogramme für Frauen und Mütter durchgeführt werden. Die Direktion für Entwicklungshilfe hat uns zugesichert, dass man in der Verwaltung diesem Problem grösste Aufmerksamkeit schenken wird und dass überall dort, wo es erwünscht ist, auch besondere Frauenbeschäftigungsprogramme angestrebt werden. Ich glaube, dass damit dem eigentlichen Anliegen Genüge getan ist und dass es diesen Antrag im Bundesbeschluss nicht braucht.

**M. Rohrbasser, rapporteur:** La Commission des affaires étrangères s'est penchée sur une proposition de Mme Bäumlín, qui l'a retirée à la suite – je pense – d'explications qui lui ont été fournies dans le cadre de la discussion.

Madame von Felten, voyez-vous, la misère à laquelle est confronté le tiers monde n'a qu'un visage, parce que la misère elle-même est générale, elle n'a pas de sexe non plus. Et ce travail que vous demandez vis-à-vis de vos consoeurs qui sont dans la pauvreté et dans la misère est déjà effectué sur le terrain. On vous l'a dit, il y a des aides directes, on ne voit pas comment on pourrait «sexuer» l'aide dans l'aide directe – si je peux m'exprimer ainsi. Il faut faire confiance aux gens qui sont sur le terrain, ils connaissent exactement les besoins des populations, il y a l'aide au développement, l'aide à la coopération et là, éventuellement on pourrait envisager des programmes spéciaux pour les femmes, mais ces programmes spéciaux débouchent toujours vers des orientations très particulières et – je vous le disais tout à l'heure – en s'ingérant dans les moeurs de ces pays, nous ne serons pas sortis de l'auberge, nos moeurs n'étant pas forcément celles des pays du tiers monde. Encore une fois, faisons confiance à ceux qui sont sur place, à ceux qui ont une juste évaluation des aides qu'il faut apporter dans des cas précis. Personnellement, je ne peux qu'être rassuré car je suis certain que le problème est suivi et c'est pour cela que nous vous proposons de rejeter la proposition de Mme von Felten.

**M. Felber, conseiller fédéral:** Il est évident qu'une telle proposition est justifiée dans la mesure où elle demande la participation, l'association aux responsabilités des femmes dans les régions où les populations sont bénéficiaires de notre aide. J'aimerais vous rappeler ce que nous avons déjà fait et que nous continuons à faire dans le domaine de la coopération au développement. Il est important d'associer les femmes aux actions de développement en considérant qu'elles sont non seulement des bénéficiaires qui reçoivent de l'aide mais aussi des partenaires à part entière, qui peuvent proposer des initiatives, prendre part aux discussions et décisions, assumer des responsabilités. Pour y parvenir, la Coopération suisse a choisi de les associer à des projets au bénéfice de communautés, de villages, de régions, plutôt que de faire des projets particuliers pour les femmes. A mon avis, c'est ce que vous souhaitez, Madame la Conseillère nationale, à travers votre dépôt de modifications.

Nous associons, dans une très large mesure, les femmes à la conduite de nos projets sur place. Il faut néanmoins être conscient que l'on ne peut pas imposer aux femmes des pays en développement notre mode de vie et nos valeurs, mais qu'elles sont en général, sur le plan économique, celles qui organisent et dirigent les ressources qui sont les leurs dans le domaine de l'argent, de l'alimentation, en particulier. Elles

sont en charge, comme d'ailleurs partout dans le monde, des enfants et de leur éducation. Ces problèmes sont donc traités et nous estimons inutile d'ajouter à l'arrêté fédéral que nous vous demandons de voter une modification qui pourrait, à la limite, nous gêner dans le cas où nous ne pourrions pas toujours contrôler nous-mêmes ce que feront d'autres institutions que nous appuyons financièrement. En effet, nous ne pouvons pas vérifier, sinon d'une manière très générale, les efforts du CICR, ceux de l'UNICEF, ceux de l'OMS, ceux du Haut Commissariat des Nations Unies pour les réfugiés, qui s'adressent à tout le monde. Comme l'ont dit les rapporteurs, nous sommes ici dans le domaine de l'aide directe, de l'aide de survie, pour lesquelles les projets sont brefs; c'est dans les projets de coopération au développement à long terme que l'on peut imaginer une participation plus large. Nous vous proposons donc, afin de ne pas créer de divergence avec le Conseil des Etats, de rejeter la proposition qui nous est faite, même si nous approuvons le côté généreux qu'elle contient.

#### Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission	77 Stimmen
Für den Antrag von Felten	61 Stimmen

#### Abs. 1 Bst. c, d – Al. 1 let. c, d

**Wiederkehr:** Ich habe zwanzig Jahre lang im Bereich Umwelt/Entwicklung gearbeitet und führe immer noch Hilfsaktionen für Osteuropa durch. Ich weiss also, wovon ich rede, wenn ich von Nahrungsmittelhilfe spreche, ich mache sie auch selber. Das Positive an der Nahrungsmittelhilfe: Sie ist in akuten, klar ausgewiesenen Notlagen «not-wendig», d. h., sie kann unmittelbare Not wenden. Sie kann aber auch schädlich sein, dann nämlich, wenn sie zu lange andauert, wenn sie gratis ist, wenn sie einen Entwicklungsmarkt überschwemmt und die Bauern damit keinen Anreiz mehr haben, ihre eigenen Felder zu bestellen, weil sie sagen: Ich kann meine Produkte auf dem Markt ohnehin nicht mehr verkaufen, was soll ich noch dort, ich bekomme zuwenig dafür. Da beginnt dann die Verelendung. Die Entwicklungsorganisationen können ein Lied davon singen. Nahrungsmittelhilfe muss also sehr gezielt eingesetzt werden.

Wenn nun die Nahrungsmittelhilfe mit der Ueberschussverwertung des Geberlandes gekoppelt wird, wie das bei dieser Vorlage der Fall ist, wenn man sogar noch eine bestimmte Summe für die Ueberschussverwertung hineinnehmen will, wie das der Ständerat tut, dann wird diese Hilfe ausserordentlich fragwürdig. Fragwürdig, weil sie zu übersetzten Preisen die Ueberschusswirtschaft in unserem eigenen Land zementiert und Nahrungsmittelhilfe zum Zwang macht, obwohl sie eigentlich nur flexibel und in Ausnahmefällen zum Tragen kommen sollte. Unsere Leute in der Landwirtschaft sagen sich natürlich: Weshalb sollen wir die Milchproduktion einschränken? Wir haben den Passus «Lieferung schweizerischer Milchprodukte» in die humanitäre Hilfe aufnehmen können und können deshalb unsere Ueberschüsse jedes Jahr exportieren! Zu sehr hohen Preisen notabene, mindestens zu den doppelt so hohen Preisen, wie auf den übrigen Märkten – weit näher an den Ländern, die diese Produkte nötig haben – eingekauft werden kann.

Bis gestern habe ich mich gewundert, weshalb noch kein Antrag eingegangen ist, auch unser Fleisch, unsere Fleischberge in diesem Papier zur humanitären Hilfe unterzubringen, d. h. das Loswerden unserer Fleischberge zu verankern. Ich habe mich auch gewundert, dass sich die Tomatenlobby noch nicht gemeldet hat, es wäre doch wirklich praktisch, auch die Tomatenüberschüsse so loszuwerden. Wir haben auch noch einen Glasüberschuss in der Schweiz und überhaupt zu viele Flaschen in unserem Land; da könnten wir doch das Tomatenpüree als Schweizer Ketchup direkt in Flaschen in die Entwicklungsländer bringen und hätten schon wieder etwas für unsere eigene Ueberschussverwertung getan.

Der Antrag ist aber doch noch gekommen. Herr Hari hat den Antrag mit dem Fleisch noch gestellt. Wenn wir nun schon die Milchprodukte und das Fleisch hier aufnehmen sollen, wes-

halb denn dann nicht gleich die ganze Palette schweizerischer Produktion, also auch Obst und Gemüse usw.? Dann wären wir wirklich total abgesichert.

Nein: Ich erachte es schlichtweg als amoralisch, unsere eigene verfehlte landwirtschaftliche Strukturpolitik in einem Papier der humanitären Hilfe festzuschreiben. Wir müssen dazu kommen, unsere Hilfsbereitschaft gänzlich von der Ueberschusswirtschaft im eigenen Land zu entkoppeln. Wir müssen unsere Hilfe auf die Bedürfnisse der Empfänger ausrichten und nicht auf die Strukturprobleme unserer Landwirtschaft abstimmen. Das ist auch eine Frage der Moral! Ich bin nicht gegen Nahrungsmittelhilfe, deshalb nenne ich in meinem Antrag explizit die Nahrungsmittelhilfe, aber ohne weitere Bedingungen; denn ich finde, man sollte die Definition der Nahrungsmittelhilfe denen überlassen, die sich aus ihrer Aufgabe, aus ihrer Pflicht heraus mit dem Helfen befassen, und nicht denen, die in erster Linie unsere verfehlte Landwirtschaft sanieren wollen.

**Hari:** Auf das Argumentationsniveau von Kollege Wiederkehr lasse ich mich nicht hinunter. Es ist so, wie hier öfters gesagt wurde: Viele Menschen auf dieser Welt leiden Hunger. Beisende Kälte, ungenügende Kleidung, zuwenig Heizmaterial, dazu Hunger und in der Folge davon auch Krankheiten, das ist das Leid, welches Frauen, Kinder und ältere Leute besonders hart trifft. Vielerorts herrscht Mangel an den Hauptnahrungsmitteln, den wichtigen Eiweissträgern wie Milchprodukte und Fleisch, dies besonders gerade jetzt in den Oststaaten. Geldspenden sind nur dort von Nutzen, wo sich die Möglichkeit bietet, Nahrungsmittel zu kaufen. Bekanntlich kann ja Geld nicht dazu dienen, direkt den Hunger zu stillen. Wir hier in der Schweiz leben heute noch im Ueberfluss und verfügen über recht grosse Mengen von Milchprodukten und auch von Fleisch. Es wäre uns leicht möglich, im gegenwärtigen Zeitpunkt etwa 4000 Tonnen Fleisch in die Oststaaten zu senden, ohne dass als Folge davon nur eine einzige Schweizerin oder ein einziger Schweizer Hunger leiden müsste.

Bereits am 16. September dieses Jahres habe ich mit einer Motion den Bundesrat ersucht, Grundlagen zu erarbeiten, um sofort Fleisch im Rahmen der humanitären Hilfe in die vom Hunger bedrohten Oststaaten zu exportieren. Die Lage dort hat sich seither ganz drastisch verschlimmert. Leider blieb bis jetzt eine positive Antwort aus.

Ich beantrage, in Artikel 2 Buchstabe d die Worte: «und von Fleisch» beizufügen. Frau Segmüller hat sich am Wort «schweizerisch» gestossen. Dieses Wort ist – wenn man die Fahne richtig liest – in Buchstabe c enthalten, nicht aber bei Buchstabe d.

Ich ersuche Sie recht freundlich, im Interesse der mangelleidenden Menschen auf dieser Welt meinem Antrag zuzustimmen.

**Frau Misteli:** Ich möchte Ihnen empfehlen, den Antrag Wiederkehr zu unterstützen, und dies im Namen der grünen Fraktion. Ich muss meine Argumente wohl nicht noch einmal darlegen; ich habe sie zum grössten Teil schon während der Budgetdebatte vorgestellt. Ich lege Ihnen nur nahe, jegliche Konditionalität, die humanitäre Hilfe mit Problemen der schweizerischen Landwirtschaftsüberproduktion zu verknüpfen, abzulehnen und der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe die Flexibilität zu lassen, sie nach ihren Abklärungen entsprechend den Ausführungen in der Botschaft zu leisten. Ich finde die Konditionalität nach wie vor für eines der reichsten Länder schäbig und empfehle Ihnen damit auch, den neuen Absatz 2 des Ständerats zu Artikel 2 abzulehnen, was eigentlich im Antrag Wiederkehr enthalten ist.

Noch kurz zu den Bruttosozialproduktzahlen, die Herr Walter Frey angeführt hat. Jeder orientiert sich an den Beispielen, die ihm gelegen kommen. Er führt Oesterreich und die USA an; ich habe mich am Durchschnitt der europäischen Länder orientiert, welche 0,5 Prozent des Bruttosozialprodukts für die Entwicklungszusammenarbeit aufwenden. Wir wenden in der Schweiz nach wie vor – nach den Kürzungen im Budget – nur 0,3 Prozent des schweizerischen Bruttosozialprodukts auf, nicht 0,38 Prozent. Diese Zahl war im ursprünglichen Budget vorge-

sehen, inklusive der Gelder, die an die Bretton-Woods-Institutionen gehen würden.

Ich empfehle Ihnen ebenfalls, den Antrag Hari abzulehnen. Ich bin der Meinung, dass die humanitäre Hilfe kein Selbstbedienungsladen für unsere strukturellen Mängel ist. Im übrigen könnten auch beim Antrag Wiederkehr – dort wird die Lebensmittelhilfe ja erwähnt – andere Produkte wie zum Beispiel Fleisch miteinbezogen werden, wenn es wirklich nötig wäre; nur halte ich Fleisch gerade bei der humanitären Hilfe oder Nothilfe wirklich nicht für das geeignetste Produkt. Es gibt andere Produkte, die Proteine für eine notleidende Bevölkerung enthalten, die günstiger und billiger sind und für unsere humanitäre Hilfe grössere Mengen ergeben. Wenn natürlich die Fleischproduzenten ihr Ueberschussfleisch zu Weihnachten in die Oststaaten schenken wollen, sollen sie es schenken; dann sollen sie es aber nicht mit 100 Millionen – wie es in der «Basler Zeitung» stand – der humanitären Hilfe anlasten und damit den Zustupf, den wir gewährt haben und der unter 100 Millionen liegt, für dieses erste Jahr gleich wieder auffressen. Ich empfehle Ihnen, den Antrag Wiederkehr zu unterstützen und den Antrag Hari abzulehnen.

**Bundi, Berichterstatter:** Ich nehme zuerst Stellung zum Antrag von Kollege Hari. Dieses Problem haben wir in der Kommission besprochen, und zwar ausführlich, und es gab Leute, die eigentlich einen entsprechenden Antrag einreichen wollten. Sie haben aufgrund der Aussprache am Schluss darauf verzichtet.

Wie steht es mit den Fleischlieferungen? Theoretisch sind sie durchaus möglich, aber nach den Erfahrungen – auch der betreffenden Direktion – sind sie in der praktischen Situation der Nothilfe nicht kosteneffizient und auch von daher ungeeignet. Es geht in erster Linie darum, Grundnahrungsmittel zur Verfügung zu stellen, und zu den Grundnahrungsmitteln gehören Getreide und Milch, aber nicht unbedingt Fleisch. Fleisch ist in vielen Fällen in den betreffenden Notgebieten oder gerade in unmittelbarer Nähe ohne grössere Schwierigkeiten aufzutreiben. Es ist zudem auch aufgrund des vorliegenden Bundesbeschlusses nicht grundsätzlich ausgeschlossen, dass Fleisch geliefert werden kann. In Ausnahmefällen hat man dies auch gemacht, so z. B. bei Kurdenflüchtlingen; für sie wurde ausnahmsweise Büchsenfleisch geliefert. Wir sind der Auffassung, dass man hier nicht weiter gehen soll, denn unter dem Begriff «andere Nahrungsmittelhilfe» sind Fleischlieferungen in Ausnahmefällen möglich. Ich beantrage im Namen der Kommission, den Antrag Hari abzulehnen.

Beim Antrag Wiederkehr muss ich zuerst kurz den ständerätlichen Antrag erklären. Sie begreifen ihn wahrscheinlich nur, wenn Sie gleichzeitig in der Botschaft auf Seite 73 die Verteilung anschauen. Gemäss dieser Verteilung machen die Beträge C und D zusammen 250 Millionen aus; ein Viertel des gesamten Rahmenkredits würde aber 262,5 Millionen ausmachen, d. h. 12,5 Millionen mehr – einerseits für Milchlieferungen aus der Schweiz und andererseits für Getreidelieferungen nicht nur aus der Schweiz.

Der Ständerat hat innerhalb dieser beiden Positionen eine Aufstockung von 12,5 Millionen Franken vorgenommen. Das macht 10 Prozent der sogenannten anderen Nahrungsmittel aus.

Der Ständerat wollte den interessierten Kreisen bestätigen, dass die Lieferungen schweizerischer Milchprodukte gegenüber dem bisherigen Stand nicht reduziert würden. Es ging nicht grundsätzlich um eine weitere Erhöhung gegenüber jetzt; es gab auch Tendenzen im Ständerat, diesen Anteil auf einen Drittel – nicht nur einen Viertel – festzusetzen. Das wurde jedoch nicht durchgesetzt.

Der ständerätliche Antrag entspricht den Intentionen des Departements und des Bundesrates. Er ist ein kleiner Beitrag dazu, diese Hilfe auch im Innern unseres Landes, bei den Bauern, populär zu machen. Grundsätzlich ist es nicht unerwünscht, dass ein Teil unserer Ueberschussprodukte in Notgebieten abgesetzt wird, sofern dies ohne qualitative Entwertung geschehen kann. Ich darf anfügen, dass eine Arbeitsgruppe verschiedener Missionswerke in Unterlagen, die Sie

wahrscheinlich auch bekommen haben, diese Lösung als einen Kompromiss empfindet und ihr so auch zustimmt.

Nahrungsmittelhilfe aus unserem Lande kann nur unter bestimmten Bedingungen gewährt werden. Einmal haben die echten, prioritären Bedürfnisse der von der Not betroffenen Bevölkerung Vorrang. Dann spielt die räumliche Nähe zum Katastrophengebiet eine Rolle. Es ist nicht gleichgültig, welche Transporte anfallen und wie teuer sie sind. Schliesslich spielt auch der Preis der Nahrungsmittel eine Rolle. Wenn im Falle humanitärer Hilfe an Albanien beispielsweise Getreide geliefert werden soll und dieses in Ungarn, wo sehr grosse Ueberschüsse vorhanden sind, zu einem Fünftel der in der Schweiz üblichen Preise angekauft werden konnte, wird man begreifen, dass der Preis bei der Abwägung hier eine Rolle spielt. Schliesslich müssen wir auch noch sehen, dass die Schweiz einen Drittel der Nahrungsmittelprodukte importiert. Es gibt also bei uns nicht den generellen Ueberschuss. Es gibt Ueberschüsse in bestimmten Sektoren oder Bereichen.

Die Lösung, die nach grossen Diskussionen in der ständerätlichen Vorberatungskommission und im Ständerat gefunden werden konnte, stellt einen angemessenen Kompromiss dar, zu dem wir stehen können.

Ich möchte Sie deshalb bitten, den Antrag Wiederkehr abzulehnen und dem Vorschlag der Kommission zuzustimmen.

**M. Rohrbasser, rapporteur:** La commission a longuement discuté des différentes propositions, et pas spécialement de celles de MM. Hari et Wiederkehr, qui ne font pas partie de la Commission des affaires étrangères. Ces différents problèmes ont donc été soulevés et évoqués dans le cadre d'une large discussion.

Il est clair que l'on est toujours tenté de pouvoir transposer certains gestes de générosité et de les concrétiser d'une manière ou d'une autre en cadeau pour soi-même. Ce n'est pas nouveau, on a toujours essayé de faire cela. C'est toujours de bon ton et de bon commerce. Mais hélas, l'époque où l'on pouvait faire ce genre de chose, ce genre d'échange et de commerce, est révolue.

La viande est un produit – vous devez le savoir, Monsieur Hari – très difficile à conditionner. C'est un produit compliqué à acheminer et qui, partant de Suisse, coûte très cher. C'est pour cette raison que la commission ne voit pas le besoin de systématiser les livraisons de viande au tiers monde. Le message propose, là où il y a nécessité de livraison de produits carnés, la possibilité de les acheminer sans mettre nécessairement en place une filière et sans acculer tout le système d'aide alimentaire à des manoeuvres impossibles et délicates qu'il faudrait régler par le biais de quotas.

Monsieur Wiederkehr – M. Bundi vous l'a expliqué – la proposition du Conseil des Etats est soutenue par la Commission des affaires étrangères. 262 millions de francs seraient dégagés en ce qui concerne les produits laitiers céréaliers. L'essentiel est que ce crédit soit reconduit et qu'il soit épuisé. A mon avis, l'une des garanties que l'on pourrait avoir de la part des services, par delà la bonne utilisation bien entendu, c'est que ce crédit, sur le temps qui est imparti à sa dépense et à son fonctionnement, soit utilisé.

Bien entendu, nous avons une réponse du Conseil fédéral à la question ordinaire que Mme Paccolat, notre ancienne collègue, avait posée, et dans laquelle il est noté que la Suisse est un pays importateur de céréales pour l'alimentation humaine. Cela signifie que nous importons, pour des raisons surtout de qualité mais aussi de politique commerciale extérieure, un tiers de nos besoins. Il n'y a donc pas d'excédent céréalier proprement dit dans notre pays; il existe simplement un déséquilibre entre la production de blé panifiable et fourrager et c'est pour cette raison que du blé doit être déclassé. Mais, il va sans dire que si l'économie agricole de notre pays y trouve son compte ou une modeste compensation par le biais de ce crédit, je ne pense pas que ce soit la Commission des affaires étrangères qui reniera ou qui attaquera à l'avenir ce crédit.

**M. Felber, conseiller fédéral:** Je répondrai d'abord à M. Hari, en vous invitant à mon tour à rejeter sa proposition. En effet, la viande n'est pas considérée comme une denrée ali-

mentaire de base. Dans tout le domaine de l'aide humanitaire, ce sont les céréales de divers types, y compris celles que nous achetons dans les pays du tiers monde, comme le mil en particulier, et les produits laitiers. D'autre part, cette discussion, comme l'ont rappelé les rapporteurs de la Commission des affaires étrangères, a eu lieu au sein des commissions des deux conseils et au plénum du Conseil des Etats. Il est évident qu'il faut – je peux affirmer qu'en 1988 j'ai reçu des offres encore plus étonnantes, par exemple d'indiquer dans le message des poires séchées (il y en avait beaucoup cette année-là) – laisser à cet instrument le maximum de souplesse possible.

Nous rappelons que lorsque nous mentionnons à la lettre d de l'article 2: «d'autres aides alimentaires, notamment sous forme de céréales ou de produits céréaliers», cela laisse la place, le cas échéant, à l'utilisation de viande que nous pourrions livrer dans des pays pouvant la recevoir et la consommer, et non pas dans tous les pays dans lesquels nous procédons, par le biais de l'aide humanitaire, au soulagement de certaines grandes misères.

Pour ces raisons, nous vous demandons de rejeter la proposition de M. Hari.

En ce qui concerne celle de M. Wiederkehr, elle est plus générale puisqu'au contraire elle laisse ouverte la possibilité d'utiliser tous les moyens à notre disposition et tous les canaux de production. Elle écarte automatiquement la tentation de ceux qui voudraient faire pression sur nous en nous forçant à utiliser les surplus suisses.

Nous avons, Monsieur le Conseiller national, très clairement spécifié dans notre message que nous n'acceptons pas cette pression et que nous devons utiliser les produits, y compris les produits suisses, dès le moment et seulement dans le cas où ils répondraient aux besoins spécifiques des populations bénéficiaires. Or, les produits laitiers figurent dans des arrêtés de ce type depuis déjà un certain nombre d'années. Certaines oeuvres d'entraide – que vous connaissez certainement – sont spécialisées dans l'utilisation des produits laitiers. On constate aussi que si l'utilisation de ceux-ci a baissé pendant un certain nombre d'années, elle est en train de remonter. En effet, des besoins clairement exprimés se sont fait sentir, y compris en Europe de l'Est.

C'est pourquoi, après un long débat et une négociation détaillée avec les membres de la commission du Conseil des Etats, qui voulaient fixer des quotas en francs et en centimes et qui nous ont permis malgré tout d'aboutir à la rédaction de l'alinéa 2 de l'article 2, nous vous demandons, pour ne pas ouvrir complètement et à nouveau la discussion, avec tout ce que cela peut supposer, de refuser la proposition de M. Wiederkehr, bien que plus facilement applicable.

#### Abstimmung – Vote

##### Eventuell – A titre préliminaire

Für den Antrag der Kommission	64 Stimmen
Für den Antrag Hari	48 Stimmen

##### Definitiv – Définitivement

Für den Antrag der Kommission	88 Stimmen
Für den Antrag Wiederkehr	33 Stimmen

#### Abs. 2 – Al. 2

##### Angenommen – Adopté

#### Art. 3

##### Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

##### Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

##### Angenommen – Adopté

#### Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes	122 Stimmen (Einstimmigkeit)
---------------------------	---------------------------------

#### An den Bundesrat – Au Conseil fédéral

#### Ad 88.032

### Datenschutzgesetz (Datenbearbeitung auf dem Gebiet der Strafverfolgung)

### Protection des données. Loi (Traitement des données en matière de poursuite pénale)

#### Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 2172 hiervor – Voir page 2172 ci-devant

#### Art. 106

##### Antrag der Kommission

##### Mehrheit

Unverändert

##### Minderheit I

(Rechsteiner, Jeanprêtre, Neukomm, Thür, Vollmer)

##### Abs. 1

.... Ermittlungen ein. Vor der Einstellung der Ermittlungen hat der Bundesanwalt dem Beschuldigten eine angemessene Frist zur Einsicht in die Akten einzuräumen.

##### Abs. 1bis (neu)

Das Ermittlungsverfahren ist spätestens dann einzustellen, wenn innert eines Jahres kein Antrag auf Durchführung einer Voruntersuchung gestellt wird. Die Anklagekammer kann auf Gesuch die Dauer des Ermittlungsverfahrens jeweils um weitere sechs Monate verlängern.

##### Abs. 2

Unverändert

##### Minderheit II

(Leuenberger Moritz, Günter, Jeanprêtre, Neukomm, Rechsteiner, Thür, Vollmer)

##### Abs. 1

.... Ermittlungen ein. Der Beschuldigte ist über die Einstellung zu benachrichtigen. Von dieser Mitteilung darf nur abgesehen werden, wenn dies wesentliche öffentliche Interessen erfordern, insbesondere bei der Gefährdung des Ermittlungszweckes in einem anderen Ermittlungsverfahren, oder des Untersuchungszweckes in einer Voruntersuchung oder einer kantonalen Strafuntersuchung.

##### Abs. 2

Unverändert

#### Art. 106

##### Proposition de la commission

##### Majorité

Inchangé

##### Minorité I

(Rechsteiner, Jeanprêtre, Neukomm, Thür, Vollmer)

##### Al. 1

Lorsqu'il n'y a pas de motif d'ouvrir une instruction préparatoire, le procureur général suspend les recherches. Avant de suspendre les recherches, le procureur général accorde aux inculpés un délai approprié pour la consultation des documents.

##### Al. 1bis (nouveau)

La procédure de recherche doit être suspendue au plus tard après une année si dans ce laps de temps aucune demande d'instruction préparatoire n'est déposée. La Chambre d'accusation peut, sur demande, prolonger la durée de recherche de six mois en six mois.

##### Al. 2

Inchangé